

„(2a) Die Parteien des Jagdpachtvertrages vereinbaren einen jährlichen Abschusskorridor für Rehwild entsprechend Absatz 1. Sie legen dabei einen Mindest- und einen Höchstabschuss fest, innerhalb derer ein Abschuss für Rehwild nicht unter- bzw. überschritten werden darf. Die Vereinbarung soll auf der Grundlage eines mindestens den Jagdbezirk umfassenden Gutachtens, welches Aussagen zur Situation des Waldes, insbesondere zur Verjüngung des Waldes, enthält (Vegetationsgutachten), getroffen werden, das zudem Aussagen über den Lebensraum des Rehwildes (Lebensraumanalyse) enthält, soweit nicht beide Parteien auf die Lebensraumanalyse verzichten. Die getroffene Vereinbarung ist der zuständigen Behörde bis zum 31. März eines jeden Jahres zu übermitteln. Sie ist von der zuständigen Behörde zu bestätigen, wenn sie den Anforderungen nach Absatz 1 entspricht. Die getroffene Vereinbarung gilt mit Ablauf des 30. April als bestätigt, wenn die zuständige Behörde nicht zuvor dem Eintritt der Fiktionswirkung widersprochen oder die getroffene Vereinbarung nach Satz 1 bestätigt hat. Kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande oder wird eine zustande gekommene Vereinbarung nicht bestätigt oder wird der nach Satz 1 vereinbarte Abschuss nicht erreicht, soll die zuständige Behörde einen angemessenen jährlichen Abschuss entsprechend Satz 1 für Rehwild für den Jagdbezirk festlegen und bei Nichterfüllung Maßnahmen nach § 27 anordnen. Die nach landesrechtlichen Vorschriften für Forst zuständige Behörde erstellt das Vegetationsgutachten nach Satz 3 und soll es in regelmäßigen, von den Ländern festzulegenden Zeiträumen aktualisieren. Bei der Erstellung sind die Parteien des Jagdpachtvertrags zu beteiligen; die betroffenen Fachkreise können beteiligt werden. Die Länder können die Kosten der Lebensraumanalyse jeweils zur Hälfte den Parteien des Jagdpachtvertrages ganz oder teilweise auferlegen.

(2b) Die Vereinbarung nach Absatz 2a Satz 1 kann längstens für die Dauer von drei Jahren geschlossen werden.

(2c) Wird ein Eigenjagdbezirk oder ein gemeinschaftlicher Jagdbezirk nicht verpachtet, sondern anderweitig jagdlich genutzt, gelten die Absätze 2a und 2b entsprechend.

(2d) Vorschriften der Länder, die über die Anforderungen nach den Absätzen 1, 2a und 2c hinausgehen, bleiben unberührt. Als solche sind insbesondere Vorschriften der Länder anzusehen, nach denen Rehwild auf Grund und im Rahmen eines Abschussplans zu erlegen ist, bei dessen Aufstellung den zuständigen Forstbehörden Gelegenheit zu geben ist, sich insbesondere zur Situation der Waldverjüngung und über eingetretene Wildschäden zu äußern, der von der zuständigen Behörde zu bestätigen oder festzusetzen ist und der als Mindestabschuss oder in einer vom Waldzustand abhängigen, vorgegebenen Spanne, deren Untergrenze einen Mindestabschuss darstellt, zu erfüllen ist.“

8. Nach § 22 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Dabei ist der Erhaltungszustand der Wildarten zu berücksichtigen.“
9. In § 27 Absatz 1 werden nach dem Wort „Landschaftspflege“ die Wörter „sowie die Erfordernisse einer Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen“ eingefügt.
10. In § 28a Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Einvernehmen“ durch das Wort „Benehmen“ ersetzt.
11. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird nach Nummer 4 folgende Nummer 4a eingefügt:
„4a. entgegen § 18c Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach §18d Absatz 1 Nummer 1 Büchsenmunition verwendet,“.
 - b) In Absatz 3 wird das Wort „fünftausend“ durch das Wort „zehntausend“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

§ 40a Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In den Sätzen 3 und 5 wird jeweils das Wort „Einvernehmen“ durch das Wort „Benehmen“ ersetzt.
2. Satz 6 wird wie folgt gefasst:
„Bei Gefahr im Verzug bedarf es des Einvernehmens nach den Sätzen 2 und 4 und des Benehmens nach den Sätzen 3 und 5 nicht.“

Artikel 3

Änderung des Waffengesetzes

§ 40 Absatz 3 des Waffengesetzes vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592; 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 228 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 4 werden nach dem Wort „mit“ die Wörter „Vorrichtungen, die das Ziel beleuchten, nach Anlage 2 Abschnitt 1 Nummer 1.2.4.1 sowie“ eingefügt.
2. In Satz 5 werden nach dem Wort „von“ die Wörter „Vorrichtungen, die das Ziel beleuchten, sowie von“ eingefügt.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am(Einsetzen: *Datum des ersten Tages des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats*) in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 2 tritt am(Einsetzen: *Datum des ersten Tages des achtzehnten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats*) in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Umfangreiche Untersuchungen unter Leitung des Bundesinstituts für Risikobewertung haben eine Kontaminierung des Wildkörpers (Schusskanal und Wildbret) durch Blei aus Jagdmunition in einem Umfang nachgewiesen, der ein Risiko für sogenannte Extremverzehrer von Wildbret, für Schwangere, Frauen im gebärfähigen Alter sowie für Kinder unter sieben Jahren nicht völlig ausschließt. Es hat sich gezeigt, dass der Grad der Kontaminierung maßgeblich durch die Konstruktion der Büchsenmunition bestimmt wird und diese gleichfalls großen Einfluss auf die Tötungswirkung und das Abprallverhalten der Geschosse hat. Eine hinreichende Tötungswirkung hat unter Tierschutzgesichtspunkten grundlegende Bedeutung. Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfes ist es, die Anforderungen an Büchsenmunition bezüglich ihrer Bleiabgabe an Mensch und Umwelt und ihrer Tötungswirkung bundeseinheitlich festzulegen.

In der Praxis haben sich bei der Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung seit der Neufassung des Bundesjagdgesetzes im Jahr 1976 deutliche Unterschiede zwischen den Ländern herausgebildet, die im Interesse eines einheitlichen Prüfungsniveaus beseitigt werden sollen. Im Rahmen der Kompetenz des Bundes, das Recht der Jagdscheine zu regeln, sollen insbesondere die Prüfungsvoraussetzungen für die Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung vereinheitlicht und so eine stärkere Ausprägung einzelner Fachgebiete wie Wildschadensvermeidung, Fallenjagd, Wildbrethygiene und Lebensmittelsicherheit erreicht werden. Auch die Erteilung von Ausländer- oder Ausländerinnenjagdscheinen soll vereinheitlicht werden. Der Schießübungsnachweis soll die sichere Handhabung der Waffe und die Präzision beim Schuss verbessern.

Das Ziel, eine an den Klimawandel angepasste Waldbewirtschaftung in der Fläche umzusetzen, erfordert ebenfalls eine Anpassung des BJagdG, um im Interesse eines angemessenen Ausgleiches zwischen Wald und Wild dort handeln zu können, wo zu hohe Wildbestände eine Verjüngung behindern. Dies gilt auch und insbesondere in Anbetracht der durch den Klimawandel hervorgerufenen Dürrekalamitäten der letzten Jahre und der Notwendigkeit, diese Flächen wiederzubewalden und den Wald insgesamt, wo dies notwendig ist, mit öffentlichen Mitteln klimaresilient umzubauen. Es liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Jägern oder Jägerinnen und Waldbesitzern oder Waldbesitzerinnen sicherzustellen, dass der notwendige Waldumbau möglichst ohne Schutzmaßnahmen durchgeführt werden kann. Diese Verantwortung gilt es zu stärken.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die inzwischen vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse der Projekte zum Abprallverhalten und zur Tötungswirkung bleiminimierter Büchsenmunition sowie zur Kontaminierung von Wildbret durch bleihaltige und bleiminimierte Munition werden durch eine Änderung des BJagdG umgesetzt. Dabei sollen die Einzelheiten hinsichtlich der Anforderungen an eine tierschutzgerechte und zuverlässige Tötungswirkung sowie das Verfahren zur Kontrolle des Bleiminimierungsgebots in einer neu zu schaffenden Rechtsverordnung festgelegt werden. Dies schafft die Möglichkeit, technische und innovative Entwicklungen bei der Munition zeitnah zu begleiten, auch im Hinblick auf laufende Diskussionen auf EU-Ebene.

Durch die Bestimmungen zur Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung kann den Tendenzen zur zunehmend unterschiedlichen Entwicklung in den Ländern entgegengewirkt und der Standard vereinheitlicht werden.

Der im BJagdG bereits verankerte Grundsatz, wonach die Hege so durchgeführt werden muss, dass Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, insbesondere Wildschäden, möglichst vermieden werden, soll im Hinblick auf den klimabedingten Waldumbau gestärkt und daher angeordnet werden, dass die Hege künftig insbesondere eine Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll. Um dieses

Ziel zu erreichen, sollen sich Jäger oder Jägerinnen und Waldbesitzer oder Waldbesitzerinnen, unter Einbeziehung der örtlich vorherrschenden Bedingungen, über einen jährlichen Mindestabschuss für Rehwild verständigen.

III. Alternativen

Grundsätzlich haben die Länder im Bereich des Jagdwesens die Möglichkeit, selbst ihre Jagdgesetze anzupassen (und dabei gegebenenfalls abweichende Regelungen zu treffen: nicht abweichungsfeste konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes), dies gilt nicht für das Recht der Jagdscheine (Artikel 1 Nummer 2 und 3 dieses Gesetzes). Eine bundeseinheitliche Lösung ist aber vor dem Hintergrund, dass die dargestellten Probleme nicht regional beschränkt sind, geboten.

Hinsichtlich der Anforderungen an die Munition ist ein pauschales Materialverbot eine weitere Möglichkeit den Bleieintrag in die Umwelt zu verhindern.

Die ersatzlose Abschaffung der behördlichen Rehwildabschussplanung ist eine Alternative bzgl. der Regelungen, die die Thematik Wald und Wild adressieren.

Statt eines Schießübungsnachweises kann auch der aufwendigere Schießleistungsnachweis eingeführt werden.

Die Jagdausbildung kann den Bundesländern überlassen bleiben.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für Artikel 1 aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 28 GG (Jagdwesen) und für Artikel 2 aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 29 GG (Naturschutz und Landschaftspflege) sowie für die bußgeldrechtliche Vorschrift aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG. Die Gesetzgebungskompetenz für den Artikel 3 folgt aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (Waffenrecht).

Die das Recht der Jagdscheine betreffenden Regelungen in Artikel 1 Nummer 2 und 3 unterliegen nach Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 GG nicht der Abweichungsbefugnis der Länder. Gleiches gilt nach Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 GG für die Regelungen des Artikels 2.

Die in Artikel 1 Nummer 4 enthaltenen Regelungen dienen auch der Festlegung von Mindestanforderungen an den jagdrechtlichen Tierschutz (Anforderungen an das Erlegen von Wild) und verwirklichen damit auch den Schutzauftrag aus der Staatszielbestimmung des Artikels 20a GG. Dieser bedarf auch bei abweichenden Regelungen durch die Länder besonderer Berücksichtigung.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar. Durch die gesetzliche Festlegung eines Minimierungsgebotes für Blei nach dem Stand der Technik statt eines generellen Verbots des Materials Blei bei der Herstellung von Büchsenmunition stellen sich auch keine Fragen hinsichtlich eines möglichen Handelshemmnisses dieser Regelung im EU-Warenverkehr. Mit dem Gesetz ist keinerlei Einschränkung des innergemeinschaftlichen Handels beabsichtigt, weder in Bezug auf Munition von Herstellern anderer Mitgliedstaaten, die den künftigen Anforderungen nicht entspricht (sie kann in Deutschland weiterhin zu Zwecken des sportlichen bzw. jagdlichen Übungsschießens verwendet werden) noch in Bezug auf damit jagdlich in anderen EU-Ländern erlegtes Wildbret (es ist auch weiterhin verkehrsfähig, solange es den sich aus den Vorschriften der Europäischen Union und des nationalen Rechts ergebenden gesundheitlichen Anforderungen an Lebensmittel entspricht).

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Durch die Vereinheitlichung der Prüfungsvoraussetzungen für die Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung wird sichergestellt, dass den Anforderungen, die heute an die erste Erteilung des Jagdscheins und des Falkner- oder Falknerinnenjagdscheins zu stellen sind, Rechnung getragen werden kann. Bestehende landesrechtliche Regelungen können aufgehoben werden.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Eine Nachhaltigkeitsprüfung gemäß § 44 Absatz 1 Satz 4 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) ist erfolgt. Die vorliegenden Regelungen sind im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dauerhaft tragfähig. Die vorgesehenen Regelungen zur Minimierung des Bleieintrags durch Büchsenmunition bei verbesserter Tötungswirkung sowie zur Vereinheitlichung und Aktualisierung der Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung zielen darauf, dass BJagdG an den aktuellen Erkenntnisstand anzupassen. Die Jagd in Deutschland soll damit insgesamt noch umweltverträglicher und tierschutzgerechter gestaltet werden als bisher. Gleichzeitig sollen Gefahren für die menschliche Gesundheit beim Verzehr von Wildbret ausgeschlossen werden. Damit wird ein Beitrag geleistet zum Nachhaltigkeitsziel 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“. Auch dem Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung 3 „Natürliche Lebensgrundlagen erhalten“, dort insbesondere dem Unterpunkt b „Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit und die Natur sind zu vermeiden“, wird durch die Regelungen Rechnung getragen. Durch die Änderungen wird das BJagdG und die Jagd in Deutschland noch nachhaltiger und die natürlichen Lebensgrundlagen werden besser geschützt. Nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte wie z. B. Generationengerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt, Lebensqualität und die Wahrnehmung internationaler Verpflichtungen sind – auch unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsindikatoren – nicht zu erwarten.

Die durch Schadereignisse, Dürren und Schädlingsbefall gekennzeichnete aktuelle Situation in den Wäldern erfordert einen nachhaltigen Waldumbau zu klimaanpassungsfähigen, naturnahen, nachhaltig bewirtschafteten Mischwäldern. Die vorgesehenen Regelungen und Mechanismen zur Festlegung der Mindestabschusshöhe für Rehwild tragen dazu bei, die Wirksamkeit von waldbaulichen Maßnahmen, die zum notwendigen Waldumbau ergriffen werden, zu flankieren. Dies ist erforderlich, damit die Wälder auch in Zukunft ihre unverzichtbaren Ökosystemleistungen für die Gesellschaft erbringen können und auch künftig nachhaltiges, heimisches Holz als wichtiger klimafreundlicher, nachwachsender Rohstoff produziert wird. Durch die Regelungen wird somit auch das Nachhaltigkeitsziel 15 „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen“ gefördert.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Dem Bund sowie den Ländern und Gemeinden entstehen durch die vorgesehenen Änderungen keine Kosten.

4. Erfüllungsaufwand

a.) Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger:

aa.) Regelungen zur Jäger- und Jägerinnenprüfung und Falkner- und Falknerinnenprüfung sowie des Schießübungsnachweises.

Nach § 15 Absatz 8 bzw. 11 BJagdG – neu – sollen die Ausbilder oder Ausbilderinnen und Prüfer oder Prüferinnen über die notwendige persönliche Eignung und fachliche Qualifikation verfügen. Daraus resultiert kein Erfüllungsaufwand. Die Voraussetzungen der persönlichen Eignung und fachlichen Qualifikation müssen bereits zum Zeitpunkt der Auswahl als Ausbilder oder Ausbilderin oder Prüfer oder Prüferin vorliegen und müssen nicht zusätzlich erworben werden.

Auf der Grundlage von Praxisauskünften liegt die durchschnittliche Mindestausbildungszeit bereits jetzt bei mindestens 130 bzw. 60 Stunden für die Ausbildung für die Jäger- und Jägerinnenprüfung und Falkner- und Falknerinnenprüfung. Somit entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Die Einführung eines Schießübungsnachweises nach § 15a BJagdG – neu – führt zu einer Mehrbelastung der Jäger und Jägerinnen. Wenn von 388.000 Jagdscheininhaberinnen und Jagdscheininhabern 50 vom Hundert (Schätzung nach Rückmeldung durch Jagdverbände) einen Schießübungsnachweis ablegen, beliefe sich die Gesamtfallzahl auf rund 194.000 Jagdscheininhaberinnen und Jagdscheininhaber, die einen Zeitaufwand von rund drei Stunden jährlich aufbringen müssten, was zu einer Gesamtstundenzahl von 582.000 Stunden jährlich führen würde.

Zudem fallen Sachkosten von 35 Euro im Einzelfall an. Diese setzen sich zusammen aus den Kosten für die Fahrt zum Schießstand geschätzt durchschnittlich 50 km (Schätzung nach Rücksprache mit Verbänden und zugrunde Legung von rund 900 Schießständen, die in ganz Deutschland gleichmäßig verteilt sind) zu 30 Cent (Pauschale nach Steuerrecht) entspricht Kosten von 15 Euro im Einzelfall; für den Besuch des Schießstands fallen durchschnittlich rund 10 Euro und für die Munition rund 10 Euro an (= 20 Euro für den Schießstandbesuch im Einzelfall / Schätzung nach Rücksprache mit Verbänden). Wenn von 388.000 Jagdscheininhaberinnen und Jagdscheininhabern 50 vom Hundert einen Schießübungsnachweis ablegen, wäre die Gesamtfallzahl rund 194.000 mal 35 Euro. Dies entspricht einem rechnerischen Gesamtaufwand von 6,790 Mio. Euro jährlich. Es ist davon auszugehen, dass der tatsächliche Aufwand jedoch geringer ist, da zahlreiche Jäger und Jägerinnen ohnehin schon deshalb einen deutlich anspruchsvolleren Schießübungsnachweis ablegen, weil ein solcher Voraussetzung für die Teilnahme an Jagden in den Staatsforsten oder auch anderen Gesellschaftsjagden ist. Darüber hinaus verringert sich der Erfüllungsaufwand dadurch, dass es in einzelnen Ländern bereits ein standardisiertes Schießübungssystem auf freiwilliger Basis gibt.

bb.) Regelungen bzgl. Jagdmunition:

Bleihaltige Munition ist derzeit um ca. 30% günstiger als alternative Jagdmunition für Schalenwild. Eine Kugel bleifreie Munition kostet derzeit im Schnitt 4 Euro (Studie der Bundesforsten). Somit entstehen pro Kugel Mehrkosten von ca. 1 Euro. Die Jagdstrecke von Schalenwild betrug 2019 rund 2 Millionen. Somit entstünden rund 2 Millionen Euro Erfüllungsaufwand. Legt man die Anzahl der Jagdscheininhaber von rund 388.000 zugrunde entstehen Mehrkosten von rund 5 Euro jährlich pro Jäger oder Jägerin.

Jedoch besteht bereits ein Verbot vom bleihaltiger Jagdmunition in 4 Bundesländern und auch eine viel Zahl von Staats- und Landesforsten verbieten bereits jetzt den Einsatz von bleihaltiger Jagdmunition auf Schalenwild.

cc.) Regelungen bzgl. Abschussplanung und Gutachten

Bürgerinnen und Bürger in Bundesländern, in denen keine abweichende Regelung zu den derzeitigen Abschussregelungen getroffen wurde, entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand, weil die Aufstellung der Abschussplanung bereits jetzt nach § 21 Absatz 2 BJagdG stets im Einvernehmen mit den Vertragsparteien stattfinden musste.

Durch die Unberührtheitsklausel entsteht ebenfalls für Bürgerinnen und Bürger in Bundesländern, die weitergehende Regelungen besitzen, kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand, da deren Regelungen weiterhin Bestand haben.

Bürgerinnen und Bürger in Bundesländern, die die behördliche Abschussplanung ersatzlos abgeschafft haben, entsteht ein geringfügiger jährlicher Zeitaufwand, da sie sich im Rahmen der Verhandlungen über den Jagdpachtvertrag noch zusätzlich auf einen Mindestabschuss und Höchstabschuss einigen müssen. Die Vertragsparteien in diesen Bundesländern mussten sich auch in der Vergangenheit trotz Abschaffung der behördlichen Abschussplanung bzgl. einer Abschussplanung verständigen, da die Abschussplanung auch für die Abwicklung von zivilrechtlichen Wildschadensersatzansprüchen von Relevanz sein kann.

Den Parteien des Jagdpachtvertrages entsteht ein jährlicher Erfüllungsaufwand von zusätzlichen ca. 230.000 Euro auf Grund der Erstellung der Vegetationsgutachten die Aussagen über die Verbesserung des Lebensraums für Rehwild treffen. Die Kosten eines Vegetationsgutachten belaufen sich auf ca. 3 Euro pro Hektar (nach Informationen aus den Bundesländern die entsprechenden Gutachten erstellen). Die Kosten für die zusätzliche Begutachtung für die Lebensraumanalyse des Rehwildes beläuft sich auf ca. 30 Prozent der Kosten für die Vegetationsgutachten (Schätzung nach Rücksprache mit Bundesländern) somit liegen diese Kosten bei ca. 1 Euro pro Hektar.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bei Zugrundelegung von ca. 5,5 Mio. Hektar privater Waldfläche (Dritte Bundeswaldinventur 2012) in Deutschland ergibt sich somit ein Erfüllungsaufwand von ca. 5,5 Mio. Euro. Die Regelung selbst trifft keine Aussage darüber in welchem Turnus die Gutachten zu erstellen sind, und eröffnet den Parteien auch die Möglichkeit, auf eine Lebensraumanalyse gänzlich zu verzichten. Man kann aber einer Berechnung zugrunde legen, dass dieser Teil der Gutachten mindestens alle 12 Jahre (Regelpachtdauer für Hochwildreviere in den jeweiligen Landesjagdgesetzen) erstellt wird. Insoweit sind die Gesamtkosten von 5,5 Mio. Euro entsprechend durch 12 zu teilen, das sind rund 460.000 Euro. Die Parteien der Jagdpacht werden die Sachkosten zu gleichen Teilen tragen. Der jährliche Anteil, der auf Jägerinnen und Jäger entfällt liegt deshalb etwa bei 230.000 Euro. Jägerinnen und Jäger werden methodisch den Bürgerinnen und Bürger zugerechnet, da der weit überwiegende Teil von Ihnen die Jagd nicht zu Erwerbszwecken betreibt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die neuen Regelungen bzgl. der Abschüsse von Rehwild von ca. 21.500 zusätzlichen Meldefälle bei einem Aufwand von ca. 5 min entsteht. Dies ergibt eine gesamte Stundenanzahl von ca. 1.800 zusätzlichen Stunden. Bei der Berechnung der Meldefälle von 21.500 Fällen wird angenommen, dass sich bei einer gesamten Anzahl von ca. 43.000 Jagdgenossenschaften in Deutschland die Vertragsparteien die Meldung jeweils aufteilen. Entsprechend erfolgt die Berechnung der Meldefälle bei den Jagdgenossenschaften beim Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

Durch die Erhöhung der Haftpflichtsumme für Personenschäden (§ 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BJagdG – neu –) entstehen für Jägerinnen und Jäger keine zusätzlichen Sachkosten. Eine Recherche von 36 Jagdhaftpflichtversicherungen hat ergeben, dass die normierte Deckungssumme mit nur einer Ausnahme bereits heute überschritten wird, sodass durch die Regelung keine geänderten Prämien zu zahlen sind. Sollte die Verpflichtung zur Verwendung von Munition nach § 18c BJagdG – neu – zur Jagd überhaupt als Erfüllungsaufwand bezeichnet werden, wäre dieser äußerst geringfügig.

b.) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

aa.) Hinsichtlich der Verordnungsermächtigung nach § 18d Absatz 1 BJagdG – neu – entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

bb.) Regelungen zur Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung sowie des Schießübungsnachweises

Die neue gesetzlich vorgeschriebene Mindestausbildungsdauer bei der Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung, wird voraussichtlich zu keinem zusätzlichen Erfüllungsaufwand bei Unternehmen führen, weil auf der Grundlage von Praxisauskünften, die durchschnittliche Mindestausbildungszeit bereits jetzt bei mindestens 130 bzw. 60 Stunden liegt. Durch die Änderungen bzgl. der Ausbildung entstehen der Wirtschaft durch die Umstellung der Lehrpläne ein einmaliger geringfügiger Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten.

Nach § 15a BJagdG – neu – entsteht für die Wirtschaft ein Erfüllungsaufwand für die Ausstellung des Schießübungsnachweises für Gesellschaftsjagden. Die Ausstellung des Schießübungsnachweises dauert im Einzelfall etwa fünf Minuten. Für den Stundenlohn wird der durchschnittliche Stundenlohn der Wirtschaft bei niedrigem Qualifikationsniveau von 22,10 Euro (entspricht dem Durchschnittswert der Gesamtwirtschaft nach Anhang VI des Leitfadens zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands der Bundesregierung Stand Dez. 2018) zugrunde gelegt. Bei einer jährlich angenommenen Fallzahl von 187.000 entsteht ein Mehraufwand von jährlich rund 500.000 Euro.

cc.) Regelungen bzgl. Vereinbarung des Abschusskorridors und Gutachten

Den Verpächtern als Partei des Jagdpachtvertrages entsteht – parallel zum Erfüllungsaufwand der Pächter – ebenfalls ein jährlicher Erfüllungsaufwand von zusätzlichen ca. 230.000 Euro durch das Erfordernis der Kostentragung für Lebensraumanalysen (zu den Einzelheiten siehe oben Bürgerinnen und Bürger). Die Verpächter werden methodisch der Wirtschaft zugerechnet, da ihre Tätigkeit zu einem Erwerbszweck erfolgt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die neuen Regelungen bzgl. der Abschüsse von Rehwild von ca. 21.500 zusätzlichen Meldefälle bei den Jagdgenossenschaften bei einem Aufwand von ca. 5 min entsteht und somit ein Erfüllungsaufwand von jährlich ca. 50.000 Euro (durchschnittlicher Stundensatz der Lohnkostentabelle

Wirtschaft für Land- und Forstwirtschaft nach Anhang IV des Leitfadens zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands der Bundesregierung Stand Dez. 2018).

dd.) Der Beleihungsakt nach § 18d BJagdG – neu – wird zu einem einmaligen Erfüllungsaufwand von ca. 16.000 Euro führen (40 Stunden x 26,30 Euro)

Im Sinne der sogenannten „One in, one out“ - Regel der Bundesregierung stellt der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von rund 780.000 Euro dar. Dieser wird durch die Verordnung zur Durchführung der Narkose mit Isofluran bei der Ferkel Kastration durch sachkundige Personen kompensiert.

c.) Erfüllungsaufwand der Verwaltung:

aa.) Regelungen bzgl. Jagdmunition

Durch die Übertragung nach § 18d ist damit zu rechnen, dass den Landesbehörden ein jährlicher Erfüllungsaufwand von ca. 520.000 Euro entsteht (nach Rücksprache mit den einzelnen Bundesländern ist davon auszugehen, dass hierfür 20 Std. pro Woche für den gehobenen Dienst veranschlagt werden und Bezug genommen wird auf die Durchschnittliche Lohnkosten Anhang VII Lohnkostentabelle Verwaltung des Leitfadens zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands der Bundesregierung Stand Dez. 2018).

Hinsichtlich der Verordnung und der Möglichkeit der Beleihung entstehen nochmals ein zusätzlicher einmaliger Mehraufwand in Höhe von ca. 6.500 Euro (160 Stunden a 40,30 Euro) je Beleihungsakt. Die Schätzung beruht auf Daten des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zu vergleichbaren Beleihungsakten. Für 16 Bundesländer ergibt sich somit eine Gesamtsumme von ca. 100.000 Euro

bb.) Regelungen bzgl. Vereinbarung des Abschusskorridors und Gutachten

In Bundesländern (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Saarland) in denen die Rehwildabschussplanung ersatzlos abgeschafft wurde entsteht durch die jetzige Regelung ein jährlicher Erfüllungsaufwand von ca. 40.000 Euro bei der zugrunde Legung von insgesamt 1.000 Stunden (Schätzung nach Rücksprache mit einzelnen Bundesländern) bei Kosten von 40,30 Euro pro Stunde.

Durch die Etablierung der Vegetationsgutachten entstehen den Ländern ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro. Nach Rücksprachen mit einzelnen Bundesländern belaufen sich die durchschnittlichen Kosten eines Vegetationsgutachtens auf ca. 3 Euro pro Hektar. In Deutschland existieren ca. 5,5 Mio. Hektar Privatwald (Dritte Bundeswaldinventur 2012) womit man von insgesamt ca. 16,5 Mio. Euro für die gesamte private Waldfläche veranschlagen kann. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass die Gutachten entsprechend der von den Ländern festzulegenden Zeiträume erneut durchgeführt werden. Somit ergeben sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 1,5 Mio. Euro. Die Kosten für die Lebensraumanalyse des Rehwildes verursachen bei den Ländern keine zusätzlichen Kosten, da diese von den Vertragsparteien des Jagdpachtvertrages übernommen werden, können. Der Erfüllungsaufwand reduziert sich nochmals erheblich, da Vegetationsgutachten bereits in einigen Bundesländern durchgeführt werden.

5. Weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden nicht erwartet.

Im Zuge der Umstellung auf bleifreie Jagdmunition besteht die Möglichkeit, dass Schießstätten Umrüstungsmaßnahmen durchführen müssen, um zu gewährleisten, dass bleifreie Munition auf den Schießstätten gefahrenfrei eingesetzt werden kann. Diese Kosten entstehen mittelbar, da die vorgeschlagenen Änderungen sich ausschließlich auf die Verwendung von Munition in der Jagd beziehen, zudem ist davon auszugehen, dass Schießstätten bereits jetzt die Sicherheitsanforderungen erfüllen, da in 4 Bundesländern und in den Landes- und Staatsforsten der Einsatz von bleifreier Munition verpflichtend ist. Nach Aussagen der Verbände existieren ca. 900 Schießstände in Deutschland. Die Kosten für Umrüstungsmaßnahmen würden sich laut Verbänden auf ca. 100.000 Euro pro Schießstand belaufen. Bei der Annahme das 25 Prozent der Schießstätten Umrüstungsmaßnahmen vornehmen, entstünden einmalig weitere Kosten von 22,5 Mio. Euro.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Das Gesetzesvorhaben wurde daraufhin überprüft, ob Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung zu erwarten sind. Spezifische Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern sind danach nicht zu erwarten, da das Gesetz ausschließlich sachbezogene Regelungen enthält.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung kommt nicht in Betracht, da die Maßnahmen auf Dauer angelegt sind.

Die Bundesregierung evaluiert die Minimierung der Bleiabgabe von Büchsenmunition und legt dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2027 einen Erfahrungsbericht vor. Ziel des Regelungsvorschlags ist es, den schädlichen Bleieintrag in Tierkörper/Wildbret oder Umwelt durch Verwendung von Büchsenmunition bei der Jagd zu minimieren und zu vermeiden. Kriterien bzw. Indikatoren für die Zielerreichung ist ein verminderter Bleigehalt im Wildbret in Verbindung mit einem deutlich reduzierten Bleigehalt der Munition. Ziel ist es den Bleieintrag soweit zu reduzieren, dass er mindestens unterhalb einer gesundheitsgefährdeten Schwelle liegt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung sammelt die hierfür erforderlichen Daten und liefert diese für die Evaluation zu.

Die Neuregelung bzgl. des Schießübungsnachweises soll den Tierschutz auf Gesellschaftsjagden verbessern und hierzu die Schießperformance der Jagdteilnehmer und Jagdteilnehmerinnen durch Schießübungsnachweise auf ein einheitlich hohes Niveau heben (Ziel). Indikator für die Erreichung des Regelungsziels ist die jeweils gestiegene Anzahl fachgerecht erlegter Tiere und nachgewiesener Schießübungen. Die notwendigen Daten werden durch die Jagd- und Schießständeverbände rechtzeitig zu diesem Zweck gesammelt und für die Evaluation zur Verfügung gestellt. Die Neuregelung bzgl. des Schießübungsnachweises wird 5 Jahre nach in Kraft treten evaluiert

Die Vegetationsgutachten sollen die Verbissbelastung und die Höhe des Wildschadens durch Rehwild durch eine wissenschaftliche Methodik erfassen und dokumentieren. Ziel soll sein, dass der Wildschaden reduziert wird. Kriterium/Indikator ist das Schadensbild in der Vegetation. Die Daten der Vegetationsgutachten werden durch die zuständigen Behörden rechtzeitig gesammelt und für eine Evaluation zur Verfügung gestellt. Die Neureglung bzgl. der Vegetationsgutachten werden 5 Jahre nach in Kraft treten evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesjagdgesetzes)

Zu Nummer 1

Die Ergänzung des § 1 Absatz 2 BJagdG um die Berücksichtigung einer Verjüngung im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen wie Wildschutzzäune oder einen Einzelschutz von Pflanzen im Zusammenhang mit der Hege ist vor dem Hintergrund eines nachhaltigen Waldumbaus geboten. Wo zu hohe Schalenwildbestände eine Verjüngung und damit insbesondere die Wiederbewaldung von Flächen, die auch in Folge des Klimawandels durch Dürre, Stürme oder Schädlinge geschädigt sind, oder die verstärkte Anpassung der Wälder durch Waldumbau gefährden, besteht Handlungsbedarf. Waldbauliche Maßnahmen, die zum notwendigen Waldumbau ergriffen werden, dürfen durch die Folgen zu hoher Schalenwildbestände ihren Zweck nicht verfehlen

Die Anforderungen und Voraussetzungen von Wildschadenersatzforderungen hinsichtlich Hauptholzarten und Nebenholzarten nach § 32 BJagdG (bzw. – je nach Landesrecht – nach § 254 BGB) bleiben unberührt. Das gleiche gilt für laufende oder künftige Förderprogramme, aus denen Schutzmaßnahmen finanziert werden sollen. Schutz-zäune und andere Schutzmaßnahmen bleiben trotz der erhöhten Anforderungen des BJagdG weiterhin förderfähig.

Zu Nummer 2

§ 15 Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 bis 11 BJagdG – neu – dient der Vereinheitlichung von Mindeststandards bei der Jäger- und Jägerinnenprüfung innerhalb Deutschlands. Die Anwendung von Nachtsicht- und Nachtzielgeräten,

sowie Infrarotaufhellern erfordert besondere Kenntnisse und erweiterte Sorgfaltspflichten, die in der Jägerprüfung zu vermitteln und zu prüfen sind. Die Bedeutung der Wildbrethygiene und der Lebensmittelsicherheit gebieten es, die Jagdprüfung insbesondere in diesen Fachgebieten einheitlich und stärker auszuprägen. Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Kontrolle des Wildbrets ist es erforderlich, dass im Rahmen der Ausbildung der Jäger Kenntnisse zu lebensmittelhygienisch bedenklichen Merkmalen an Tierkörpern und ihren Eingeweiden vermittelt werden, damit Jäger als kundige Personen in die Lage versetzt werden, eine erste Untersuchung des erlegten Wilds an Ort und Stelle durchzuführen. Darüber hinaus haben in den zurückliegenden Jahren zunehmend auch andere Fragen, wie z. B. die der waffenrechtlichen Handhabung, aber auch der Wildschadensverhütung und der Wechselwirkung zwischen Wildbeständen und Jagdausübung, sowie des Natur- und Tierschutzes, und die Erfordernisse einer Verjüngung des Waldes an Bedeutung gewonnen.

In § 15 Absatz 6 und 7 BJagdG – neu – werden Mindestinhalte und -anforderungen an die Jäger- und Jägerinnenprüfung definiert. Es werden insbesondere auch Mindestanforderungen an die Schießleistung beim Büchsen- und beim Flintenschießen bestimmt.

Um eine angemessene Jäger- und Jägerinnenausbildung sicherzustellen, wird in § 15 Absatz 8 BJagdG – neu – eine Mindestausbildungszeit für die Fachgebiete in § 15 Absatz 5 Satz 2 BJagdG – neu – vorgesehen, bevor eine Zulassung zur Jäger- und Jägerinnenprüfung erfolgen kann.

§ 15 Absatz 9 BJagdG – neu – entspricht den bisherigen Regelungen in § 15 Absatz 5 Satz 3 und 4 BJagdG.

§ 15 Absatz 10 BJagdG – neu – entspricht § 15 Absatz 6 BJagdG.

Dauerhaft im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen und Jägern oder Jägerinnen mit deutscher sowie mindestens einer weiteren Staatsbürgerschaft soll künftig bei als gleichwertig anerkannter ausländischer Jägerprüfung ein deutscher Jagdschein erteilt werden können (§ 15 Absatz 11 BJagdG – neu). Mit dieser Regelung wird die Diskriminierung von dauerhaft im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen gegenüber nicht deutschen Staatsangehörigen beseitigt. Nicht dauerhaft im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen ist es zuzumuten, eine Jägerprüfung in Deutschland abzulegen, die besonders auf die Anforderungen in Deutschland (Lebensmittelhygiene, Verkehrssicherungspflichten und Sicherheitsaspekte) zugeschnitten ist.

§ 15 Absatz 12 BJagdG – neu – regelt die Anforderungen an die Befähigung zur jagdlichen Ausbildung und zur Ausbildung für die Fallenjagd.

§ 15 Absatz 13 BJagdG – neu – dient der Vereinheitlichung von Mindeststandards für die Falkner- und Falknerinnenprüfung innerhalb Deutschlands. Der in § 15 Absatz 13 Satz 1 Nummer 1 2. Alternative vorgesehene Nachweis umfasst die in den Ländern bereits praktizierte sogenannte „eingeschränkte Jägerprüfung“. Kenntnisse nach § 15 Absatz 5 Satz 2 Nummer 6 BJagdG – neu – (Kenntnisse der Handhabung, Führung und Aufbewahrung von Jagdwaffen einschließlich Kurzwaffen sowie des Waffenrechts) und eine Schießprüfung sind bei dieser „eingeschränkten Jägerprüfung“ entbehrlich. Vergleichbar der Jäger- und Jägerinnenprüfung wird auch für die Falkner- und Falknerinnenprüfung eine Mindestausbildungszeit festgelegt.

§ 15 Absatz 14 BJagdG – neu – bestimmt, dass die Länder weitergehende Anforderungen für den Umfang der Ausbildung von Jägern und Falknern und Jägerinnen und Falknerinnen sowie die Zulassung zur Jäger- und Falknerprüfung und Jägerinnen- und Falknerinnenprüfung festlegen können. Dazu zählen sowohl strengere als auch zusätzliche Anforderungen sowie die erforderlichen Verfahrens- und Durchführungsbestimmungen.

Zu Nummer 3

Mit dem Schießübungsnachweis in § 15a BJagdG – neu –, der nicht älter als ein Jahr sein darf, wird die Übung einer sicheren Handhabung der Waffe und der Schießfertigkeit nachgewiesen. Dies dient insbesondere der Sicherheit bei Gesellschaftsjagden im Hinblick auf die an einer solchen Jagd beteiligten Personen wie auch unbeteteiligter Dritter sowie dem Tierschutz, der die Vermeidung unnötigen Leids der Tiere fordert. Dabei reicht es aus, nur den Nachweis für die jeweils anstehende Ausübungsform der Jagd – bei Niederwildjagden mit Schrot auf bewegliche Tonscheiben oder Kipphasen, bei Schalenwildjagden mit Büchsenmunition auf bewegliche Ziele (Schießkino oder laufender Keiler) – mitzuführen. Sofern in einem Land bereits ein gleichwertiges standardisiertes Schießübungssystem existiert, kann das Land eine Regelung treffen, wonach auf das Mitführen des Schießübungsnachweises grundsätzlich verzichtet werden kann. Gleichwertig können im Ausnahmefall auch Systeme auf freiwilliger Basis sein, sofern sie sich durch einen besonders hohen Grad der jährlichen Teilnahme der Jägerschaft an entsprechenden Übungsschießen auf bewegliche Ziele auszeichnen.

Zu Nummer 8

Der neu eingefügte Satz in § 22 Absatz 1 BJagdG stellt klar, dass bei der Festlegung der Jagdzeiten auch der Erhaltungszustand einer Wildtierart zu berücksichtigen ist. Der Erhaltungszustand soll dabei aber nicht als alleiniges Entscheidungskriterium für die Festlegung der Jagdzeiten dienen, denn zum Teil haben Entwicklungen vor Ort und die Gestaltung des Lebensraums der jeweiligen Wildtierart einen erheblich größeren Einfluss auf den Erhaltungszustand als die Nutzung durch die Jagd. Im Vordergrund der Neuregelung steht auch hier der Grundsatz, dass eine Art vor allem durch eine nachhaltige Nutzung in ihrem Bestand geschützt wird.

Zu Nummer 9

Die Änderung in § 27 Absatz 1 BJagdG ermöglicht es der Behörde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, soweit der Wildbestand die Erfordernisse einer Verjüngung des Waldes gefährdet oder unmöglich macht. Die Förderfähigkeit von Schutzmaßnahmen bleibt hiervon unberührt. Die Vorschrift begründet keine zusätzlichen Anforderungen und Voraussetzungen für Leistungen von Wildschadenersatzforderungen hinsichtlich Hauptholzarten und Nebenholzarten nach § 32 BJagdG (bzw. – je nach Landesrecht – nach § 254 BGB).

Zu Nummer 10

Die Änderung, dass in Zukunft nicht mehr das Einvernehmen, sondern lediglich das Benehmen des Jagd ausübungsberechtigten für Maßnahmen nach § 28a Absatz 2 BJagdG erforderlich ist, ist im Interesse eines effektiven Verwaltungsvollzugs geboten.

Zu Nummer 11

§ 39 Absatz 1 BJagdG wird um eine neue Nummer 4a ergänzt, wonach Verstöße gegen § 18c Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 18d Absatz 1 Nummer 1 BJagdG – neu – als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

Die Anpassung der Bußgeldhöhe in § 39 Absatz 3 BJagdG ist für die Möglichkeit einer effektiven und nachhaltigen Sanktionierung geboten.

Zu Artikel 2 (Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes)

Die Änderungen in § 40a Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz sind für einen effektiven Verwaltungsvollzug geboten.

Zu Artikel 3 (Änderung des Waffengesetzes)

Die Änderung des Waffengesetzes ist notwendige Folgeänderung zur Änderung des § 19 Abs. 1 Nummer 5 Buchst. a BJagdG.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Dieses Gesetz soll – mit Ausnahme des Artikels 1 Nummer 2 – am ersten Tag des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft treten. Nach Artikel 72 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 Nummer 1 GG treten Bundesgesetze auf dem Gebiet des Jagdwesens mit Rücksicht auf die Abweichungsbefugnis der Länder im Grundsatz frühestens sechs Monate nach ihrer Verkündung in Kraft. Die Änderungen im BJagdG unterfallen zwar zum Teil (Recht der Jagdscheine) wie auch die Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes nicht der Abweichungsbefugnis der Länder nach Artikel 72 Absatz 3 Nummer 1 GG, im Hinblick auf die Rechtsklarheit für die betroffenen Anwender und die Wahrung der Rechtseinheit sollen alle Änderungen des Gesetzes aber zum gleichen Zeitpunkt, das heißt am ersten Tag des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft treten.

Die Bestimmungen des Gesetzes, mit denen Recht der Jagdscheine neu geregelt wird, sollen am ersten Tag des achtzehnten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft treten. Damit werden die Länder in die Lage versetzt, mit der Neuregelung erforderlich werdende Anpassungen vorzunehmen.

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Absatz 1 NKRG

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes (NKR-Nr. 4894, BMELJ)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	
Jährlicher Zeitaufwand insgesamt (bei Stundensatz von 25 Euro):	585.000 Stunden (14,6 Mio. Euro)
Jährl. Zeitaufwand für Schießnachweis im Einzelfall:	180 Minuten
Jährliche Sachkosten insgesamt:	rund 9 Mio. Euro
Jährl. Sachkosten für Schießnachweis im Einzelfall:	35 Euro
Jährl. Sachkosten durch bleiminimierte Munition im Einzelfall:	5 Euro
Wirtschaft	
Jährlicher Erfüllungsaufwand:	780.000 Euro
<i>davon aus Informationspflichten:</i>	780.000 Euro
im Einzelfall pro Schießnachweis:	rund 2 Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	geringfügig
Verwaltung (Länder)	
Jährlicher Erfüllungsaufwand:	rund 2 Mio. Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	100.000 Euro
Weitere Kosten (Umrüstung Schießstände)	
Für die Wirtschaft insgesamt einmalig	22,5 Mio. Euro
Im Einzelfall einmalig	rund 100.000 Euro

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

<p>‘One in one out’-Regel</p>	<p>Im Sinne der ‚One in one out‘-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von 780.000 Euro dar.</p>
<p>Evaluierung</p> <p><u>1. Minimierung Bleiabgabe</u> (bis zum 31.12.2027)</p> <p style="text-align: right;">Ziel:</p> <p style="text-align: right;">Kriterien/Indikatoren:</p> <p style="text-align: right;">Datengrundlage:</p> <p><u>2. Schießübungsnachweis</u> (5 Jahre nach Inkrafttreten)</p> <p style="text-align: right;">Ziel:</p> <p style="text-align: right;">Kriterien/Indikatoren:</p> <p style="text-align: right;">Datengrundlage:</p> <p><u>3. Vegetationsgutachten und Abschusskorridor</u> (5 Jahre nach Inkrafttreten)</p> <p style="text-align: right;">Ziel:</p> <p style="text-align: right;">Kriterien/Indikatoren:</p> <p style="text-align: right;">Datengrundlage:</p>	<p>Bleieintrag in Wildbret, der unterhalb einer gesundheitsgefährdenden Schwelle liegt.</p> <p>Bleigehalt in Wildbret.</p> <p>Daten zum Bleigehalt von Wildbret, die das Bundesinstitut für Risikobewertung zu diesem Zweck sammelt.</p> <p>Verminderung von Tierleid durch verbesserte Schießperformance von Teilnehmern an Gesellschaftsjagden.</p> <p>Erhöhung der Anzahl fachgerecht erlegter Tiere sowie nachgewiesene Schießübungen.</p> <p>Daten, die die Jagd- und Schießstände zu diesem Zweck sammeln.</p> <p>Waldverjüngung, deutlich weniger Bisschäden.</p> <p>Ausmaß der Schäden in der Vegetation.</p> <p>Befunde, die aus den Vegetationsgutachten der Behörden zu entnehmen sind.</p>
<p>Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes</p>	<p>Der Jagdschein ist eine der 575 Verwaltungsleistungen, die in dem von der Bundesregierung beschlossenen Umsetzungskatalog des Onlinezugangsgesetzes (OZG) enthalten ist. Im Sommer dieses Jahres fanden dazu im Rahmen s.g. Digitalisierungslabore und koordiniert durch das BMI mehrere Workshops statt, bei denen Praktiker und Betroffene sich über das Verwaltungsverfahren, seine Optimierungsmöglichkeiten</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

	<p>und eine nutzerfreundliche Digitalisierung ausgetauscht haben. Identifiziert wurden auch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, zu deren Umsetzung es rechtlicher Anpassungen bedarf. Bedauerlicherweise war das zuständige Bundesministerium dabei nicht vertreten. Gleichwohl hätte der vorliegende Gesetzentwurf die Möglichkeit geboten, die im Kontext des Digitalisierungslabors entwickelten und von Länderseite vorgebrachten Anregungen aufzugreifen. Nach Aussage des BMEL gibt es über die konkreten Vorschläge hinaus grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der Digitalisierung des Jagdscheins, da dieser unmittelbar zur Nutzung von Waffen berechtigt, auch ohne dass ein Waffenschein vorhanden sein muss. Aus Sicht des NKR ist es dringend geboten, dass sich das BMEL (zuständig für das Jagdrecht) und das BMI (zuständig für die Umsetzung des OZG und das Wafferecht) zügig darüber verständigen, in welcher Form die identifizierten rechtlichen Änderungsbedarfe angestoßen werden, ohne die Aspekte der öffentlichen Sicherheit zu vernachlässigen. Das BMEL hat zugesagt, die dafür notwendigen Gespräche mit dem BMI zu führen und im Anschluss Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit BMI, Ländern und Betroffenen unter Einbeziehung des NKR Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.</p>
<p>Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

II. Im Einzelnen

Ziel des Gesetzentwurfes ist es, das Jagdrecht zu vereinheitlichen und gleichzeitig den Schutz der menschlichen Gesundheit sowie den Tier- und den Naturschutz zu erhöhen.

Dazu soll künftig die Jagd- und die Falknerausbildung stärker vereinheitlicht und ein jährliches Schießtraining für Teilnehmer an Gesellschaftsjagden eingeführt werden. Das zusätzliche Schießtraining soll mehr Schusssicherheit gewährleisten und damit unnötiges Tierleid verhindern.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem eine bundeseinheitliche Regelung für die Bleiabgabe von Büchsenmunition bei der Jagd auf Schalenwild vor. Das Schalenwild umfasst die dem Jagdrecht unterliegenden Paarhufer (Hornträger, Geweihträger einschließlich Rehwild, und das Schwarzwild, d.h. Wildschweine). Ziel der Regelung ist es, den Bleieintrag bei Wildbret zu minimieren, um gesundheitliche Risiken für Mensch und Umweltschäden zu vermeiden. Gleichzeitig soll jedoch auch sichergestellt werden, dass die Munition über eine ausreichende Tötungswirkung verfügt und Tierleid verhindert wird. Die Munition soll dazu künftig so wenig Blei wie nach dem jeweiligen Stand der Technik möglich enthalten und gleichzeitig bestimmte Anforderungen an die Tötungswirkung erfüllen. Die Länder sollen dazu jeweils eine Stelle beauftragen oder beileihen, die überprüft, ob die Munition diesen Anforderungen entspricht und diese entsprechend zertifiziert. Ländervorschriften, die über diese Anforderungen hinausgehen, bleiben dabei unberührt.

Mit dem Gesetzentwurf wird ferner für die Parteien eines Jagdpachtvertrages die Verpflichtung eingeführt, auf der Grundlage eines behördlichen Vegetationsgutachtens jährlich einen Abschusskorridor für Rehwild zu vereinbaren. Die zuständige Behörde hat diesen zu bestätigen. Wird zusätzlich zum Vegetationsgutachten auch eine Lebensraumanalyse erstellt, so haben die Jagdparteien die Kosten dafür zu tragen. Sofern in den Bundesländern Abschusspläne vorgesehen waren, war es bisher so, dass die Behörde entsprechende Pläne in Zusammenarbeit mit den Parteien eines Jagdpachtvertrages erstellt hat.

Der Gesetzentwurf trifft zudem Regelungen, die der Rechtsklarheit dienen. So wird künftig klar geregelt, dass die Jagdbehörde im Zuge ihrer Prüfung, ob ein Jagdschein erteilt werden kann, keine eigene Prüfung vornehmen müssen, wenn die erforderlichen Auskünfte den unteren Waffenenrechtsbehörden bereits vorliegen. Zudem wird klargestellt, unter welchen Voraussetzungen ausländische Jagdprüfungen von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit mindestens einer weiteren Staatsangehörigkeit als gleichwertig mit der deutschen Jägerprüfung anerkannt werden.

II.1. Erfüllungsaufwand

Der Gesetzentwurf führt bei Bürgerinnen und Bürgern zu zusätzlichem jährlichem Zeitaufwand von insgesamt **585.000 Stunden** (entspricht 14,6 Mio. Euro bei einem Stundensatz von 25 Euro),

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

sowie jährlich rund **9 Mio. Euro an Sachkosten**. Für die Wirtschaft entsteht ein geringfügiger **einmaliger Erfüllungsaufwand** sowie ein zusätzlicher **jährlicher Erfüllungsaufwand** von insgesamt rund **780.000 Euro**. Den Landesverwaltungen entsteht ein **einmaliger Erfüllungsaufwand von 100.000 Euro** sowie ein zusätzlicher **jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 2 Mio. Euro**.

Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht durch den Gesetzentwurf ein zusätzlicher jährlicher Zeitaufwand von insgesamt **585.000 Stunden** (entspricht 14,6 Mio. Euro bei einem Stundensatz von 25 Euro) sowie zusätzliche jährliche Sachkosten von **insgesamt rund 9 Mio. Euro**.

Einheitliche Mindeststandards für die Ausbildung von Jäger/Innen und Falkner/innen

Das Ressort schätzt, dass durch die künftig einheitliche vorgegebene Mindestausbildungszeit von 130 Stunden für die Jagdprüfung und 60 Stunden für die Falknerprüfung den Bürgerinnen und Bürgern im Ergebnis kein zusätzlicher jährlicher Zeitaufwand entsteht. Denn das Ressort geht auf der Grundlage von Praxisauskünften davon aus, dass es bisher zwar Ausbildungsstätten gab, deren Konzept weniger Ausbildungszeit als den jetzt einheitlichen Mindeststandard vorsah. Es gab jedoch auch bisher einige Ausbildungsanbieter, deren Ausbildungskonzept über das hinausging, was nunmehr als einheitlicher Mindeststandard festgelegt wird. Hier ist davon auszugehen, dass einige Ausbildungsstätten die Gelegenheit nutzen, um ihr Angebot etwas zu straffen. Im Ergebnis entsteht deshalb kein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand.

Schießnachweis

Das Ressort geht davon aus, dass für die Teilnehmer von Gesellschaftsjagden durch das Erfordernis, jährlich einen Schießnachweis zu erbringen, künftig ein zusätzlicher jährlicher Zeitaufwand von insgesamt 582.000 Stunden entsteht (bei einem Stundensatz von 25 Euro wären das 14,55 Mio. Euro). Dazu sollen die Betroffenen jährlich Schießübungen an einem Schießstand absolvieren. Das Ressort geht davon aus, dass es sich bei der Schätzung um einen Maximalwert handelt, da z.B. bei einigen Gesellschaftsjagden in Staatsforsten bereits jetzt ein solcher Schießnachweis Voraussetzung für die Teilnahme ist. Das Ressort geht außerdem davon aus, dass jährlich etwa die Hälfte der Jagdscheininhaber an einer Gesellschaftsjagd teilnimmt, das sind 194.000

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Jagdscheininhaber (gesamt 388.000). Das Ressort geht ferner auf der Grundlage von Praxisauskünften davon aus, dass die Jagdscheininhaber im Einzelfall etwa 3 Stunden für den Schießstandbesuch aufwenden müssen. Darin eingerechnet sind auch Fahrtzeiten. Die jährlichen Sachkosten für den Schießstandbesuch beziffert das Ressort auf der Grundlage von Auskünften der Verbände mit insgesamt **rund 6,79 Mio. Euro** bzw. 35 Euro im Einzelfall. Darin enthalten sind die Fahrtkosten von 15 Euro für die notwendigen Fahrten sowie 10 Euro Nutzungsgebühr und 10 Euro Munitionskosten. Das Ressort weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Maximalschätzung handelt, da es in einigen Ländern bereits ein standardisiertes Schießübungssystem auf freiwilliger Basis gibt.

Bleiminimierung

Das Ressort schätzt, dass sich die **zusätzlichen jährlichen** Sachkosten für Bürgerinnen und Bürger, die Jagdberechtigte sind, um insgesamt etwa **2 Mio. Euro** erhöhen. Die zusätzlichen Sachkosten sind erforderlich da künftig nur noch bleiminimierte Munition für die Schalenwildjagd verwendet werden darf. Das Ressort schätzt dazu nachvollziehbar auf der Grundlage von Praxisauskünften, dass eine bleiminimierte Kugel im Einzelfall durchschnittlich etwa um 1 Euro teurer ist als die bisher zulässigen. Nach einer Studie der Bundesforsten kosten bleiminimierte Kugeln im Durchschnitt 4 Euro pro Stück. Die Kosten einer herkömmlichen bleihaltigen Kugel beziffert das Ressort auf der Grundlage von Praxisauskünften mit etwa 3 Euro pro Stück. Zudem geht das Ressort davon aus, dass jährlich durchschnittlich etwa 2 Mio. Kugeln im Zusammenhang mit der Jagd auf Schalenwild verwendet werden (Zahl entspricht der jährlichen Jagdstrecke für Schalenwild). Bei der Schätzung handelt es sich um eine robuste Schätzung, die auch Fehlschüsse miteinschließt. Denn in der Fallzahl zur jährlichen Jagdstrecke von Schalenwild von 2 Mio. sind auch Fälle enthalten, bei denen bereits mit bleiminimierter Munition erlegt wurde. Denn bereits jetzt schreiben drei Bundesländer bleiminimierte oder bleilose Munition zwingend vor und ein Teil der Jägerschaft verwendet bereits jetzt freiwillig entsprechende Munition. Geht man davon aus, dass jeder der insgesamt 388.000 Jagdausübungsberechtigten einmal im Jahr auf Schalenwildjagd geht, so sind die jährlichen zusätzlichen Sachkosten im Einzelfall mit etwa 5 Euro zu beziffern.

Vegetationsgutachten als Grundlage für Abschusskorridor

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Das Ressort geht davon aus, dass den Jagdausübungsberechtigten in den Ländern, in denen es bisher keine Abschussplanung (mehr) gab, kein oder allenfalls ein marginaler zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand durch das Erfordernis entsteht, eine Vereinbarung zur jährlichen Abschussplanung zu erstellen. Hintergrund dafür ist, dass es ein relativ strenges zivilrechtliches Haftungsregime gibt, wenn die Pflichten, die eine Jagdpacht mit sich bringt, vernachlässigt werden und der Wald dadurch Schaden nimmt. Um unklare haftungsrechtliche Verhältnisse zu vermeiden, schließt der weitüberwiegende Teil der Jagdpachtparteien deshalb auch in den Bundesländern, in denen dies bisher nicht (mehr) Pflicht war, in der Regel eine entsprechende Vereinbarung.

Das Ressort beziffert den zusätzlichen **jährlichen Erfüllungsaufwand der Jagdpächter** aus dem Erfordernis, dass der Jagdpächter als Partei des Jagdpachtvertrags künftig die Kosten für eine Lebensraumanalyse zu tragen hat, sofern dieses zusätzlich zum Vegetationsgutachten erstellt wird, nachvollziehbar mit **insgesamt rund 230.000 Euro**. Das Ressort schätzt auf der Grundlage von Erfahrungswerten aus der Praxis, dass die Kosten eines Vegetationsgutachtens sich auf ca. 3 Euro pro Hektar belaufen und 1 Euro pro Hektar zusätzlich anfällt, wenn eine Lebensraumanalyse des Rehwildes erstellt wird. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 5,5 Mio. Hektar private Waldfläche (Dritte Bundeswaldinventur 2012). Die entstehenden Sachkosten tragen somit etwa 5,5 Mio. Euro. Das Ressort geht davon aus, dass die Kosten zwischen dem Pächter bzw. dem Jagdausübungsberechtigten und dem Verpächter hälftig geteilt werden. Die zusätzlichen Sachkosten für die Jagdausübungsberechtigten als Partei des Jagdpachtvertrags betragen somit etwa 2,75 Mio. Euro. Der Gesetzentwurf gibt zwar keinen Turnus für die Erstellung solcher Gutachten vor. Das Ressort geht jedoch davon aus, dass dieser Teil der Gutachten alle 12 Jahre (Regelpachtdauer in den jeweiligen Landesjagdgesetzen) erstellt wird.

Den zusätzlichen Zeitaufwand für die Pächter, für Meldung an die Behörde, die alle drei Jahre der Behörde zur Vereinbarung über die Abschusspläne zu machen ist, beziffert das Ressort nachvollziehbar mit insgesamt rund **1.800 Stunden jährlich** (bei einem Stundensatz von 25 Euro wären das 45.000 Euro). Das Ressort geht davon aus, dass die Meldung per Mail an die Behörde geschickt wird und dazu etwa 5 Minuten erforderlich sind. Betroffen sind nur die Pächter in den Bundesländern, in denen es bisher keine Abschusspläne (mehr) gab (Fallzahl 130.000). Das Ressort geht zudem davon aus, dass die alle drei Jahre abzusetzenden Meldungen hälftig durch die Pächter und hälftig durch die Verpächter erledigt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht ein geringfügiger einmaliger Erfüllungsaufwand sowie zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von insgesamt rund 780.000 Euro

Einheitliche Mindeststandards für die Ausbildung von Jäger/Innen und Falkner/innen

Das Ressort schätzt, dass der einmalige Erfüllungsaufwand, der den Ausbildungsanbietern durch die neuen vereinheitlichten Vorgaben zur Jäger- und Falknerprüfung entsteht, geringfügig ist. Dem liegen Auskünfte aus der Praxis zugrunde, dass im Einzelfall lediglich geringfügige Anpassungen der Lehrpläne notwendig sind, da die Inhalte im Durchschnitt keine größeren Abweichungen von dem nun einheitlichen Standard abweichen. Zudem geht das Ressort auf der Grundlage von Praxisauskünften davon aus, dass durch die Vorgabe einer einheitlichen Mindeststundenzahl im Ergebnis kein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand für die Ausbildungsstätten entsteht (siehe oben Bürgerinnen und Bürger).

Schießnachweis

Für die Schießstandbetreiber entsteht durch die Verpflichtung, für die Teilnahme an Gesellschaftsjagden künftig Nachweise über die erforderlichen Schießübungen auszustellen, ein **zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand** von insgesamt rund **500.000 Euro**. Das Ressort geht dabei auf der Grundlage von Praxisauskünften nachvollziehbar davon aus, dass die Dauer im Einzelfall bei fünf Minuten liegt und der Stundensatz gemäß Erfüllungsaufwands-Leitfaden 22,10 Euro beträgt (jährliche Fallzahl parallel zum Erfüllungsaufwand der Bürger/innen: 194.000).

Bleiminimierung

Den privaten Institutionen, die sich in den Ländern um eine Position als Beliehener bemühen werden, der für die Zertifizierung von Munition zuständig ist, entsteht einmaliger Erfüllungsaufwand durch das Erfordernis, ein entsprechendes „Bewerbungs-Verfahren“ zu durchlaufen. Das Ressort nimmt auf der Grundlage von Schätzungen zu vergleichbareren Beleihungen an, dass der Aufwand der in Frage kommenden Unternehmen dafür, die erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen, etwa 40 Stunden beträgt, das sind bei einem Stundensatz von 26,30 Euro im

Einzelfall 1.052 Euro. Für alle Bundesländer bedeutet dies einen **einmaligen Erfüllungsaufwand von rund 17.000 Euro**.

Vegetationsgutachten als Grundlage für Abschusskorridor

Das Ressort beziffert den zusätzlichen **jährlichen Erfüllungsaufwand**, der für den Verpächter künftig entsteht, nachvollziehbar mit **insgesamt rund 230.000 Euro**. Der Erfüllungsaufwand in Form von Sachkosten resultiert aus dem Erfordernis, dass der Jagdpächter als Partei des Jagdpachtvertrags künftig hälftig die Kosten für eine Lebensraumanalyse zu tragen hat, sofern dieses zusätzlich zum Vegetationsgutachten erstellt wird. Die Schätzung des Ressorts erfolgt nachvollziehbar parallel zu den Annahmen, die beim Pächter bzw. Jagdausübungsberechtigten (=Bürger/innen) getroffen wurden.

Den zusätzlichen **jährlichen Erfüllungsaufwand** der Verpächter für die Meldung der Vereinbarung über die Abschusspläne in den Bundesländern, in denen es kein Abschussplanung (mehr) gibt, beziffert das Ressort parallel zu den Annahmen bei den Pächtern mit insgesamt rund **50.000 Euro** (Fallzahl 130.000 alle drei Jahre, 5 Minuten im Einzelfall, Stundensatz 26,30 Euro gemäß Leitfaden, hälftige Aufgabenteilung mit Pächter).

Verwaltung (Länder)

Der Verwaltung der Länder entsteht ein einmaliger Erfüllungsaufwand von 100.000 Euro sowie zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von

Beleihung von Institutionen, die bleiminimierte Munition zertifizieren

Das Ressort schätzt auf der Grundlage von Schätzungen zu vergleichbaren Verfahren, dass den Ländern durch die Beleihung oder Beauftragung von Stellen, die das Zertifizierungsverfahren für Büchsenmunition künftig durchzuführen haben, ein **einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 100.000 Euro** entsteht. Die Schätzung basiert auf vergleichbaren Schätzungen des Statistischen Bundesamts, nach denen für einen Beleihungsakt im Einzelfall etwa 160 Stunden anfallen (Stundensatz nach Leitfaden 40,30 Euro). In jedem Bundesland (16) soll es künftig eine entsprechende Stelle geben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Ferner entsteht ein **zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand** bei den Beliehenen oder Beauftragten für das Verfahren der Zertifizierung von Munition von insgesamt etwa **520.000 Euro**. Das Ressort schätzt nachvollziehbar auf der Grundlage von Auskünften der Länder, dass jährlich in jedem Bundesland durchschnittlich etwa 100 zusätzliche Manntage mit je 8 Stunden anfallen (Stundensatz 40,30 Euro, das sind etwa 32.100 Euro pro Bundesland).

Vegetationsgutachten und Abschusspläne

Durch die Einführung von Abschusskorridoren für Rehwild entsteht der Verwaltung der fünf Länder¹, die eine solche Abschussplanung abgeschafft haben, im Ergebnis ein **zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand** von etwa **40.000 Euro**. Das Ressort schätzt auf der Grundlage von Auskünften der Länder, in denen es eine entsprechende Abschussplanung gibt, dass jährlich pro Bundesland etwa 200 Stunden für die Prüfung der Pläne erforderlich sind (Lohnkosten gemäß Leitfaden 40,30 Euro).

Zudem entsteht der Verwaltung der Länder ein **zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 1,5 Mio. Euro** durch das Erfordernis, Vegetationsgutachten als Grundlage für die Abschusspläne zu erstellen. Das Ressort beziffert die erforderlichen Sachkosten auf der Grundlage von vorhandenen Praxiserfahrungen der Länder mit etwa 3 Euro pro Hektar. Für die insgesamt ca. 5,5 Mio. Hektar Privatwald (Dritte Bundeswaldinventur 2012) bedeutet dies Gesamtkosten von etwa 16,5 Mio. Euro. Das Ressort schätzt parallel zu den Annahmen betreffend der Lebensraumanalysen, dass solche Gutachten von den Behörden etwa alle 12 Jahre beauftragt werden (Regeldauer von Pachtverträgen laut Landesrecht). Es handelt sich dabei um eine robuste Schätzung, da Vegetationsgutachten bereits in einigen Bundesländern durchgeführt werden

Die Regelungen, die zum Zweck erhöhter Rechtsklarheit getroffen werden, verursachen im Ergebnis keinen zusätzlichen Erfüllungsaufwand.

¹ Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Saarland

II.2. Weitere Kosten

Durch die Vorgabe, bei Gesellschaftsjagden künftig nur noch bleiminimierte Munition zu verwenden, entstehen den Betreibern von Schießständen voraussichtlich **einmalige Weitere Kosten** von **insgesamt 22,5 Mio. Euro**.

Die Kosten werden durch Umrüstungsmaßnahmen ausgelöst. Denn bleiminimierte Kugeln haben im Unterschied zu den bisher verwendeten Kugeln ein anderes Schuss- und Abprallverhalten, etc. Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche Jagdscheininhaber, die bisher herkömmliche Munition verwendet haben, künftig bleiminimierte Munition nicht nur bei Gesellschaftsjagden, sondern wegen des unterschiedlichen Verhaltens auch zum Üben am Schießstand verwenden werden. Ein Teil der Schießstandbetreiber wird daher seine Anlagen dem Bedarf entsprechend anpassen, obwohl das Schießen mit bleihaltiger Munition auf Schießständen nach wie vor grundsätzlich möglich bleibt. Da es sich um eine mittelbare Folge handelt und die Umrüstkosten nicht unmittelbar durch die Vorgabe im Bundesjagdgesetz ausgelöst wird, handelt es sich vorliegend um Kosten, die methodisch nicht als Erfüllungsaufwand, sondern als Weitere Kosten einzustufen sind. Der Verband der Schießstandbetreiber schätzt, dass pro Büchsen-Schießstand ein Umrüstungsbedarf von etwa 100.000 Euro entsteht. Das Ressort schätzt, dass 25% der insgesamt 900 Schießstände in Deutschland einen entsprechenden Umrüstungsbedarf haben (Fallzahl 225). Dabei wurde berücksichtigt, dass der Umrüstungsbedarf von Schießständen in den drei Bundesländern, die bereits jetzt Jagd auf Schalenwild mit bleihaltiger Munition verbieten, geringer ausfallen dürfte, da davon auszugehen ist, dass sich dort die Schießstände bereits entsprechend angepasst haben.

II.3. ‚One in one out‘-Regel

Im Sinne der ‚One in one out‘-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von 780.000 Euro dar.

II.4. Evaluierung

Die Vorschriften zur Minimierung Bleiabgabe von Büchsenmunition wird bis zum 31.12.2027 evaluiert. Ziel der Regelung ist es, einen Bleieintrag in Wildbret zu erreichen, der unterhalb einer gesundheitsgefährdenden Schwelle liegt. Kriterien bzw. Indikatoren für die Zielerreichung ist der Bleigehalt in Wildbret. Die Datengrundlage liefern Untersuchungen des Bundesinstituts für Risikobewertung zum Bleigehalt von Wildbret, die zu diesem Zweck vorgenommen werden.

Die Vorschrift zum Schießübungsnachweis bei Gesellschaftsjagden wird 5 Jahre nach Inkrafttreten evaluiert. Ziel der Regelung ist es, Tierleid durch verbesserte Schießperformance von Teilnehmern an Gesellschaftsjagden zu mindern. Kriterien bzw. Indikatoren für die Zielerreichung sind eine erhöhte Anzahl fachgerecht erlegter Tiere sowie nachgewiesene Schießübungen. Die erforderlichen Daten werden durch die Jagdverbände und Schießstände gesammelt.

Die Vorschrift zum Vegetationsgutachten als Grundlage für einen Abschusskorridor wird 5 Jahre nach Inkrafttreten evaluiert. Ziel der Regelung ist die Waldverjüngung sowie deutlich weniger Bisschäden. Kriterium bzw. Indikator für die Zielerreichung ist das Ausmaß der Schäden an der Vegetation. Die erforderlichen Befunde lassen sich aus den behördlich erstellten Vegetationsgutachten entnehmen.

II.5. Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Der Jagdschein ist eine der 575 Verwaltungsleistungen, die in dem von der Bundesregierung beschlossenen Umsetzungskatalog des Onlinezugangsgesetzes (OZG) enthalten ist. Im Sommer dieses Jahres fanden dazu im Rahmen s.g. Digitalisierungslabore und koordiniert durch das BMI mehrere Workshops statt, bei denen Praktiker und Betroffene sich über das Verwaltungsverfahren, seine Optimierungsmöglichkeiten und eine nutzerfreundliche Digitalisierung ausgetauscht haben. Identifiziert wurden auch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, zu deren Umsetzung es rechtlicher Anpassungen bedarf. Bedauerlicherweise war das zuständige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) dabei nicht vertreten. Gleichwohl hätte der vorliegende Gesetzentwurf die Möglichkeit geboten, die im Kontext des Digitalisierungslabors entwickelten und von Länderseite vorgebrachten Anregungen aufzugreifen. Nach Aussage des BMEL gibt es über die konkreten Vorschläge hinaus grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der

Digitalisierung des Jagdscheins, da dieser unmittelbar zur Nutzung von Waffen berechtigt, auch ohne dass ein Waffenschein vorhanden sein muss. Aus Sicht des NKR ist es dringend geboten, dass sich das BMEL (zuständig für das Jagdrecht) und das BMI (zuständig für die Umsetzung des OZG und das Waffenrecht) zügig darüber verständigen, in welcher Form die identifizierten rechtlichen Änderungsbedarfe angestoßen werden, ohne die Aspekte der öffentlichen Sicherheit zu vernachlässigen. Das BMEL hat zugesagt, die dafür notwendigen Gespräche mit dem BMI zu führen und im Anschluss Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit BMI, Ländern und Betroffenen unter Einbeziehung des NKR Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

III. Ergebnis

Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Störr-Ritter
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes

Der Bundesrat hat in seiner 998. Sitzung am 18. Dezember 2020 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 1 Absatz 2 Satz 3 BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 1 sind in § 1 Absatz 2 Satz 3 vor dem Wort „Verjüngung“ die Wörter „standortgerechte, artenreiche“ einzufügen.

Folgeänderung:

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 7 Buchstabe a sind in § 21 Absatz 1 Satz 2 vor dem Wort „Verjüngung“ die Wörter „standortgerechte, artenreiche“ einzufügen.
- b) In Nummer 9 sind in § 27 Absatz 1 vor dem Wort „Verjüngung“ die Wörter „standortgerechte, artenreiche“ einzufügen.

Begründung:

§ 1 Absatz 2 Satz 3 BJagdG-E definiert die Zielsetzung der jagdlichen Hege, welche nach jetzigem Entwurf des Gesetzestextes eine Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll. Diese Formulierung hätte in der forstwirtschaftlichen Praxis zur Folge, dass bereits eine Waldverjüngung mit nur einer Baumart, beispielsweise Fichte, Kiefer oder Buche, der genannten Zielsetzung der jagdlichen Hege hinreichend genügen würde. Mit Blick auf die tatsächlichen Erfordernisse, die Anpassungsfähigkeit der Wälder im Zuge des Klimawandels zu erhöhen, bedarf es vielmehr einer Bestimmung, die eine Etablierung von standortgerechten Mischbeständen ohne Wildschutzmaßnahmen ermöglicht. Eine solche gesetzliche Regelung entspreche im Übrigen auch dem hergebrachten Rechtsgrundsatz, wonach die jagdliche

Hege u. a. der Vermeidung von Wildschäden dient und damit Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft durch das Wild zu vermeiden sucht.

2. Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 6 Satz 2 BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 2 sind in § 15 Absatz 6 Satz 2 die Wörter „in der praktischen Handhabung von Waffen im Fachgebiet des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 6 sowie mangelhafte praktische Leistungen in der Wildbrethygiene im Fachgebiet des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 8“ zu streichen.

Begründung:

Mindestinhalte und Mindestanforderungen an Jägerinnen und Jäger sind streng zu definieren; es sollte in allen genannten Prüfungsfächern eine ausreichende Leistung erwartet werden. Es ist von erheblicher Bedeutung, dass Jägerinnen und Jäger in keinem der definierten Prüfungsfächer mangelhafte Leistungen ablegen dürfen. Dies sollte in der Prüfung zum Ausdruck kommen.

3. Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 7 Satz 3 bis 5 BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 2 ist § 15 Absatz 7 wie folgt zu ändern:

a) In Satz 3 ist das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ zu ersetzen.

b) Satz 4 ist wie folgt zu ändern:

aa) Das Wort „achte“ ist durch das Wort „neunte“ zu ersetzen.

bb) Die Wörter „dritte oder fünfte“ sind durch die Wörter „dritte, fünfte oder achte“ zu ersetzen.

c) In Satz 5 ist der zweite Halbsatz zu streichen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung:Zu Buchstabe a:

Vor dem Hintergrund der höheren gesellschaftlichen Bedeutung des Tierschutzes sowie der steigenden Bedeutung von Bewegungsjagden zur Regulierung des Wildbestandes werden lediglich zwei geforderte Treffer beim Schießen auf bewegtes Wild als zu gering erachtet.

Zu Buchstabe b:

Aus denselben Gründen wird auch ein Treffer im achten Ring beim Schuss auf stehendes Wild als zu gering erachtet.

Zu Buchstabe c:

Es ist aus Gründen des Tierschutzes erforderlich, dass die Schießfertigkeiten mit der Flinte in einer Prüfungssituation unter Beweis gestellt werden. Das Bundesjagdgesetz sollte die Flintenschießprüfung einheitlich regeln und die Abnahme dieser Schießdisziplin hat im Rahmen einer entsprechenden vor einem Prüfungsausschuss abzulegenden Prüfung zu erfolgen.

4. Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 14 BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 2 ist § 15 Absatz 14 wie folgt zu fassen:

„(14) Die Länder können weitergehende Anforderungen an den Umfang der Ausbildung von Jägern oder Jägerinnen und Falknern oder Falknerinnen, an die Zulassung zur Jäger- oder Falknerprüfung und Jägerinnen- oder Falknerinnenprüfung sowie an die Leistungsanforderungen der Jäger- oder Falknerprüfung und Jägerinnen- oder Falknerinnenprüfung festlegen.“

Begründung:

Die Länder stellen zum Teil weitergehende Anforderungen an die Jäger- oder Falknerprüfung und Jägerinnen- oder Falknerinnenprüfung, als sie der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorsieht. Diese bewährten Standards sollten nicht zugunsten eines kleinsten gemeinsamen Nenners aufgegeben werden. Dies gilt beispielsweise für die Anforderungen an die Schießprüfung nach § 15 Absatz 7 BJagdG-E.

5. Zu Artikel 1 Nummer 3 (§ 15a Satz 4 - neu - BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 3 ist dem § 15a folgender Satz anzufügen:

„Weitergehende Regelungen der Länder zum Nachweis einer besonderen Schießfertigkeit bleiben unberührt.“

Begründung:

Auf der Ebene der Länderjagdgesetze bestehen Regelungen, die zur einer Teilnahme an einer Gesellschaftsjagd einen Schießnachweis fordern, in dem nicht nur die Teilnahme an einem Übungsschießen (Schießübungsnachweis), sondern auch eine Mindesttrefferquote verlangt wird (Nachweis einer besonderen Schießfertigkeit). Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Lösung würde in diesen Ländern zu einer Verringerung der Anforderungen an den Schießnachweis führen. Um den Anforderungen an den Tierschutz sowie die Sicherheit bei Gesellschaftsjagden, resultierend aus einer sicheren Waffenhandhabung, gerecht zu werden und den Ländern mit weitergehenden Vorgaben in Bezug auf den Schießnachweis keine Abschwächung der Regelung aufzuzwingen, wird eine klar formulierte Länderöffnungsklausel in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

6. Zu Artikel 1 Nummer 5 (§§ 18b bis 18f BJagdG)

In Artikel 1 ist Nummer 5 wie folgt zu fassen:

„5. Nach § 18a wird folgender § 18b eingefügt:

„§ 18b

Bleifreie Büchsenmunition

(1) Büchsenmunition für die Jagd auf Schalenwild darf nur verwendet werden, wenn sie nicht mehr Blei als nach dem jeweiligen Stand der Technik erforderlich unter gleichzeitiger Wahrung der Anforderungen des § 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a und Buchstabe b unvermeidbar an den Wildkörper abgibt. Vorschriften der Länder, die über die Anforderungen des Satzes 1 hinausgehen, bleiben unberührt.

(2) Büchsenmunition, die vor dem Inkrafttreten des Absatz 1 ordnungsgemäß erworben wurde, darf zur Jagd auf Schalenwild weiter verwendet werden, bis die Bestände aufgebraucht sind, längstens jedoch bis zu drei Jahren nach Inkrafttreten des Absatz 1.“ ‘

Begründung:

Eine Regelung zur Minimierung der Verwendung von Blei wird für erforderlich gehalten. Für das vom Bund hingegen vorgeschlagene Regelungskonvolut zur Neuregelung von Kriterien zur Tötungswirkung von Büchsenmunition wird keine Notwendigkeit gesehen.

Im Gegenteil hat die z. T. über 15-jährige Verwendung von bleifreier Büchsenmunition in weiten Teilen Deutschlands gezeigt, dass hinsichtlich der Tötungswirkung keine Defizite gegenüber bleihaltiger Büchsenmunition bestehen. Im Jahre 2020 ist eine derartige Regelung nicht mehr erforderlich. Im Gegenteil, führen die beabsichtigten Regelungen zu einem hohen Verwaltungsaufwand auf Seiten des Bundes und der Länder, der vermieden werden kann, wenn ausschließlich ein Bleiminimierungsgebot festgeschrieben würde. Dies ist so auszulegen, dass bei Vorhandensein von bleihaltiger und bleifreier Büchsenmunition immer die bleifreie Variante für den Jagdbetrieb zu wählen ist.

Die vorgesehene Streichung der bisherigen Kriterien für Büchsenmunition, die auf Schalenwild verwendet wird, führt zu einem Regelungsdefizit, das über Jahre nicht geschlossen werden kann. Es ist nicht zu erwarten, dass neu zu definierende Kriterien für die Anforderung von Büchsenmunition in absehbarer Zeit zu rechtssicheren Ergebnissen führen. Diese aktuell gültigen Kriterien (1.000 J bzw. 2.000 J und 6,5 mm) haben sich bundesweit über Jahrzehnte bewährt und keinen Anlass geboten, über die Tötungswirkung von Büchsenmunition neu zu befinden.

Allein aus dem Eigeninteresse der Jäger und Jägerinnen, das von ihnen beschossene Stück Schalenwild in Besitz nehmen zu wollen, führt dazu, dass jeweils die Munition verwendet wird, die dieses am ehesten sicherstellt.

Eine zeitlich begrenzte Übergangsregelung ist erforderlich, um den Zweck der Vorschrift in absehbarer Zeit zu erreichen. Gleichzeitig sind drei Jahre Verhältnismäßig, da üblicherweise keine über diesen Verwendungszeitraum Mengen an Munition vorgehalten werden. Sollte dies doch der Fall sein, kann mit dieser bleihaltigen Munition immer noch auf Schießständen geschossen werden.

7. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa (§ 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a und b BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 6 ist Buchstabe a Doppelbuchstabe aa zu streichen.

Begründung:

Aus Sicht des Tierschutzes ist es notwendig, dass die zur Jagd verwendete Munition eine bestimmte Auftreffenergie aufweist, um eine schnelle und ausreichende Tötungswirkung sicher zu stellen.

Insbesondere, weil keine Angaben zur zuverlässigen Tötungswirkung nach dem neuen Abschnitt IVa vorliegen, besteht aus Sicht des Tierschutzes die Notwendigkeit eine Auftreffenergie für Munition zu definieren, die nicht unterschritten werden darf.

8. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb Dreifachbuchstabe aaa
(§ 19 Absatz 1 Nummer 5
Buchstabe a BJagdG)

In Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb ist Dreifachbuchstabe aaa wie folgt zu fassen:

,aaa) Buchstabe a wird wie folgt geändert:

- aaaa) Die Wörter „Vorrichtungen zum Anstrahlen oder Beleuchten des Zieles, Nachtzielgeräte, die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen und für Schußwaffen bestimmt sind“ werden durch die Wörter „Vorrichtungen zum Anstrahlen, Beleuchten oder Markieren des Zieles, Nachtsichtgeräte und Nachtzielgeräte mit Montagevorrichtung für Schusswaffen sowie Nachtsichtvorsätze und Nachtsichtaufsätze für Zielhilfsmittel (zum Beispiel Zielfernrohre), die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen“ ersetzt.
- bbbb) Das Wort „fangen;“ wird durch die Wörter „fangen, das Verbot umfasst nicht die Verwendung künstlicher Lichtquellen, von Vorrichtungen zum Anstrahlen oder Beleuchten des Zieles, einschließlich Infrarotaufhellern, oder von Nachtsichtvorsätzen und Nachtsichtaufsätzen nach Anlage 2 Abschnitt 1 Nummer 1.2.4.2 zu § 2 Absatz 2 bis 4 Waffengesetz bei der Jagd auf Schwarzwild sowie auf invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung, die im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1141 der Kommission vom 13. Juli 2016 zur Annahme einer Liste invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 189 vom 14. Juli 2016, Seite 4), die zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2019/1262 (ABl. L 199 vom 26. Juli 2019, Seite 1) geändert worden ist, aufgeführt sind;“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung:

Die Änderung vereinheitlicht die Terminologie zwischen WaffG und BJagdG in Bezug auf für Schusswaffen bestimmte Vorrichtungen, die das Ziel anstrahlen, beleuchten oder markieren sowie Nachtsichtgeräte und Nachtzielgeräte mit Montagevorrichtung für Schusswaffen sowie Nachtsichtvorsätze und Nachtsichtaufsätze für Zielhilfsmittel. Die Terminologie der Gegenstände ist waffenrechtlich vorgegeben und ergibt sich aus den Nummern 1.2.4.1 und 1.2.4.2 der Anlage 2 Abschnitt 1 zu § 2 Absatz 2 bis 4 WaffG. Die Vereinheitlichung und Übernahme der waffenrechtlichen Terminologie in das Bundesjagdgesetz führt zu Rechtsklarheit und beugt Missverständnissen in Bezug auf das bestehende jagdliche Umgangsverbot sowie hinsichtlich der neu vorgesehenen Verbotsausnahme bei der Jagd auf Schwarzwild vor.

Missverständnisse und mögliches verbotswidriges Verhalten sind insbesondere deshalb zu besorgen, da mit dem BJagdG-E die Jagd auf Schwarzwild und invasive gebietsfremde Arten mit „Nachtzielgeräten, die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen“, ermöglicht werden soll. Nach § 40 Absatz 3 Satz 4 WaffG dürfen Jagdscheininhaber jedoch ausdrücklich nur Umgang mit Nachtsichtvorsätzen und Nachtsichtaufsätzen nach Anlage 2 Abschnitt 1 Nummer 1.2.4.2 zu § 2 Absatz 2 bis 4 WaffG haben. Die Terminologie ist daher zwingend an den Wortlaut der waffenrechtlichen Verbotsausnahme für Jagdscheininhaber nach § 40 Absatz 3 Satz 4 WaffG anzupassen. Denn der Umgang mit Nachtzielgeräten, die über eine Zielmarkierung und eine Montagevorrichtung für den ausschließlichen Einsatz in Verbindung mit Schusswaffen verfügen, sind nach wie vor waffenrechtlich vollumfänglich verboten und von Nachtsichtaufsätzen und Nachtsichtvorsätzen zu trennen.

9. Zu Artikel 1 Nummer 7 (§ 21 Absatz 1 Satz 1,
Absatz 2 Satz 1
Absatz 2a bis 2d BJagdG)

In Artikel 1 ist Nummer 7 wie folgt zu ändern:

- a) In Buchstabe a sind in § 21 Absatz 1 Satz 1 die Wörter „im Wesentlichen“ zu streichen.
- b) In Buchstabe b ist der Punkt am Ende durch die Wörter
„sowie nach den Wörtern „der von der zuständigen Behörde“ die Wörter „im Einvernehmen mit dem Jagdbeirat (§ 37)“ gestrichen.“
zu ersetzen.
- c) Buchstabe c ist zu streichen.

Begründung:

Das Rehwild ist bundesweit zahlreich in den Jagdbezirken vorhanden. Ebenso wie für das Schwarzwild sind hier Abschussplanvorschriften nicht erforderlich. Sie bedeuten einen hohen bürokratischen Aufwand und haben in der Vergangenheit nicht dazu beitragen können, dass Rehwilddichten hergestellt wurden, die eine Verjüngung des Waldes ermöglicht haben. Regelmäßig waren Abschusspläne der Garant für hohe Wilddichten. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Wildarten, die der Abschussplanung unterliegen, in den vergangenen Jahrzehnten stark an Anzahl zugenommen haben und aus diesem Grunde keiner staatlichen Kontrolle bedürfen.

Der Grund für den Anstieg der Wilddichten liegt in der Systematik der Abschussplanung. Die Abschusspläne werden von den Jagd ausübungsberechtigten in der Höhe aufgestellt, wie sie es für angemessen erachten. Die Jagdgenossenschaften nehmen erfahrungsgemäß wenig Einfluss auf die Abschussplanung. Den unteren Jagdbehörden ist dies noch weniger möglich. Machen sie es doch, ist der Jagdbeirat in der Lage, das behördliche Abschussplanverfahren zum Erliegen zu bringen. Das alles ist mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden, ohne dass dieses behördliche Verfahren tatsächlich in der Lage ist, entscheidenden Einfluss auf die Population des Wildes zu nehmen.

Erfahrungen der Länder, die den behördlichen Rehwildabschussplan abgeschafft haben, belegen, dass die Rehwildstrecke nahezu unverändert bleibt. Damit wird die oben genannte These untermauert. Auf diese Erfahrung soll daher zurückgegriffen werden und der behördliche Rehwildabschussplan ersatzlos gestrichen werden. Die Wiedereinführung eines behördlichen Rehwildabschussplanes führt zu der Wiedereinführung einer unnötigen Bürokratie mit erheblichen Kosten, die die Länder und damit der Steuerzahler zu tragen hätten.

Der Vorschlag des Bundes, dass die Parteien des Jagdpachtvertrages einen Abschusskorridor für Rehwild auf der Basis von Waldzustandsgutachten festlegen mit nachfolgenden Handlungsaufträgen an die unteren Jagdbehörden wird als gesetzliche Regelung nicht mitgetragen.

Für derartige Vereinbarungen werden gesetzliche Regelungen nicht benötigt und aufgrund des immensen bürokratischen Aufwandes abgelehnt. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Regelung zu einer Verbesserung der Wald-Wild-Situation beiträgt.

10. Zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 22 Absatz 2 Satz 3 - neu - BJagdG),
Nummer 9 (§ 27 Absatz 1 Satz 2 - neu - BJagdG)

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

a) Nummer 8 ist wie folgt zu fassen:

„8. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

<... weiter wie Vorlage ...>

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Dabei sind die Vorgaben des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG und des Artikels 9 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2009/147/EG zu beachten.“

b) Nummer 9 ist wie folgt zu fassen:

„9. § 27 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Wort „Landschaftspflege“ werden die Wörter ... <weiter wie Vorlage...>.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Dabei sind die Vorgaben des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG und des Artikels 9 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2009/147/EG zu beachten.“

Begründung:

Für die Anwendung des Jagdrechts im Bereich der Jagdzeiten (§ 22) und den Anordnungen (§ 27) sind die Vorgaben der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zu beachten. Die europarechtliche Umsetzung ist im Bundesjagdgesetz klarzustellen. Dies dient auch der bundeseinheitlichen Umsetzung.

11. Zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 22 Absatz 4 Satz 5 BJagdG)

In Artikel 1 ist Nummer 8 wie folgt zu fassen:

„8. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

<... weiter wie Vorlage ...>

b) Absatz 4 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die Länder können, sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und unter Beachtung der in Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 2009/147/EG genannten Maßgaben, aus den in Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie 2009/147/EG genannten Gründen Ausnahmen zulassen.“

Begründung:

Das Ausnehmen der Gelege von Federwild sollte auch im Jagdrecht 1 : 1 entsprechend den EU-Vorgaben ermöglicht werden. Zwar sind nach § 22 Absatz 4 Satz 4 die Länder ermächtigt, in Einzelfällen zu wissenschaftlichen, Lehr- und Forschungszwecken oder für Zwecke der Aufzucht Ausnahmen zuzulassen. Die EU-Vogelschutzrichtlinie sieht aber weitergehende Ausnahmen vom grundsätzlichen Verbot der absichtlichen Zerstörung oder Beschädigung von Nestern und Eiern und der Entfernung von Nestern vor, „sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt“ (Artikel 9 Absatz 1 der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG). So sind auch zur Abwendung von erheblichen Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigeieten und Gewässern unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen möglich (siehe Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a 3. Spiegelstrich der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG).

Daher sollte das BJagdG entsprechend angepasst werden, um bei der Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie einen bundeseinheitlichen rechtlichen Rahmen zu schaffen und dem Ziel des Koalitionsvertrags einer 1 : 1-Umsetzung von Europarecht Rechnung zu tragen.

12. Zu Artikel 1 Nummer 8a - neu - (§ 22b - neu - BJagdG)

In Artikel 1 ist nach Nummer 8 folgende Nummer 8a einzufügen

,8a. Nach § 22a wird folgender § 22b eingefügt:

„§ 22b
Überjagende Hunde

Das Überjagen von Jagdhunden auf angrenzende Jagdbezirke ist von den Jagdausübungsberechtigten angrenzender Jagdbezirke bei bis zu drei auf derselben Grundfläche durchgeführten Gesellschaftsjagden im Jagdjahr zu dulden, wenn ihnen die Durchführung der Gesellschaftsjagd spätestens 48 Stunden vor Beginn angezeigt wurde. Wenn ein Jagdausübungsberechtigter eines angrenzenden Jagdbezirks es verlangt, dürfen die auf der Gesellschaftsjagd eingesetzten Jagdhunde nur mit einem Mindestabstand von 200 Metern zur Jagdbezirksgränze geschnallt werden.“

Begründung:

Eine effektive Jagdausübung ist ohne den Einsatz brauchbarer Hunde, die das Wild finden und den Schützen zutreiben in vielen Fällen nicht möglich. Bei dieser Art zu jagen ist es nicht in Gänze ausgeschlossen, dass die Jagdhunde die Reviergrenzen überschreiten und dort weiterjagen. Es kommt in der Praxis regelmäßig vor, dass angrenzende Revierinhaber diese Art zu jagen dadurch unmöglich machen, dass sie das Überjagen der Hunde untersagen.

Mit diesem Vorschlag soll eine bereits bestehende Regelung aus Baden-Württemberg in das Bundesjagdgesetz aufgenommen werden. Sie stellt sicher, dass Jagden mit Stöberhunden bundesweit praktisch durchgeführt werden können. Damit wird eine Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass Jagdausübungsberechtigte angepasste Schalenwildbestände herbeiführen können.

13. Zu Artikel 1 Nummer 11 (§ 39 Absatz 1 Nummer 5,
Absatz 2 Nummer 2 BJagdG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob mit Blick auf die Neuregelung in Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe ee – Anfügung einer neuen Nummer 19 in § 19 Absatz 1 BJagdG – auch eine Ergänzung von § 39 Absatz 1 Nummer 5 oder Absatz 2 Nummer 2 BJagdG angezeigt ist.

Begründung:

Die Ordnungswidrigkeitentatbestände des § 39 Absatz 1 Nummer 5 und Absatz 2 Nummer 2 BJagdG umfassen derzeit sämtliche in § 19 Absatz 1 BJagdG geregelten sachlichen Jagdverbote und stellen diese unter Bußgeldandrohung. Mit der Neuregelung in Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe ee des Gesetzentwurfs wird nunmehr allerdings in § 19 Absatz 1 BJagdG als neue Nummer 19 ein weiteres Jagdverbot eingeführt („im Umkreis von 250 Metern von der Mitte von Wildgrünbrücken und entsprechenden Wildunterführungen die Jagd auszuüben“). Eine Folgeregelung hierzu in Artikel 1 Nummer 11 des Gesetzentwurfs, welcher bereits aktuell Anpassungen des § 39 BJagdG enthält, ist jedoch nicht vorgesehen. Mit Blick auf die derzeit umfassende Berücksichtigung der Verbote des § 19 Absatz 1 BJagdG in der Vorschrift des § 39 BJagdG ist nicht auszuschließen, dass ein diesbezügliches Ergänzungsbedürfnis im Gesetzentwurf der Bundesregierung übersehen wurde, zumal der Gesetzentwurf selbst zu der vorgenannten Aussparung schweigt.

14. Zu Artikel 4 Absatz 1,
Absatz 3 - neu - (Inkrafttreten)

Artikel 4 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Absatz 1 ist die Angabe „Absatzes 2“ durch die Angabe „Absätze 2 und 3“ zu ersetzen.
- b) Folgender Absatz 3 ist anzufügen:

„(3) Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe b tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

Begründung:

Der Änderungsvorschlag bezweckt, dass die Ergänzung des § 17 Absatz 1 in Satz 2 so schnell wie möglich in Kraft tritt. Die vorgeschlagene Änderung des § 17 Absatz 1 Satz 2 dient dazu, die für den Vollzug des BJagdG erforderlichen Datenverarbeitungsvorgänge datenschutzrechtlich außer Zweifel zu stellen. Dies soll vor der unmittelbar anstehenden Antragsperiode für die zum 1. April 2021 zu erteilenden Jagdscheine geschehen.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Nummer 1 - Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 1 Absatz 2 Satz 3 BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die nähere Konkretisierung des Begriffs der Verjüngung um die Begriffe „standortgerechte, artenreiche“ ist nicht notwendig. Die von der Bundesregierung gewählte Formulierung „Verjüngung“ genügt den Anforderungen, die an die Hege mit dem Ziel einer Gewährleistung der Wiederbewaldung bzw. des Waldumbaus gestellt werden. Alle die Typisierung der Verjüngung betreffenden Aspekte fallen in die Verantwortung des Waldbesitzenden, die Definition der Hege sollte daher nicht mit waldbaulichen Aspekten überfrachtet werden. Der Begriff „artenreich“ würde zudem zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen.

Zu Nummer 2 - Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 6 Satz 2 BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung trägt der herausgehobenen Bedeutung der Fachgebiete Waffenkunde und Wildbrethygiene im erforderlichen Umfang Rechnung. Die Erfahrungen aus den Bundesländern bei den Prüfungen sollen zudem um die Bedeutung der Wildbrethygiene nunmehr ergänzt werden, da Studien gezeigt haben, dass diesem Fachgebiet auch eine herausgehobene Bedeutung zukommt.

Zu Nummer 3 - Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 7 Satz 3 bis 5 BJagdG)

Die Bundesregierung prüft den Vorschlag hinsichtlich der Anhebung des Prüfniveaus bei der Anzahl der zu leistenden Treffer beim Büchschießens (Punkt a). Die weiteren Punkte b und c des Antrags lehnt die Bundesregierung ab.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Anforderungen an die Schießprüfung in Bezug auf die Anforderung der Trefferlage sind ausreichend. Ein weiteres Anheben des Prüfniveaus ist in diesem Punkt nicht notwendig. Die Möglichkeit einer Ersatzleistung beim Flintenschießen trägt den unterschiedlichen Anforderungen in den einzelnen Bundesländern Rechnung.

Zu Nummer 4 - Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 15 Absatz 14 BJagdG)

Die Bundesregierung prüft den Vorschlag.

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung haben die Länder die Möglichkeit, weitergehende Anforderungen an die Ausbildung und Zulassung zur Prüfung zu erlassen. Ob es einer weiteren Klarstellung bedarf dahingehend, die Abweichungsbefugnis auch auf die Leistungsanforderungen der Prüfung selbst zu beziehen, muss geprüft werden.

Zu Nummer 5 - Zu Artikel 1 Nummer 3 (§ 15a Satz 4 - neu - BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Vorschlag widerspricht einer bundeseinheitlichen Lösung. Ziel der im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung ist es, den Bereich des Schießübungsnachweises bundesweit einheitlich zu regeln. Eine Unberührtheitsklausel für bestehende weitergehende Regelungen der Länder liefere dieser Zielstellung zuwider.

Zu Nummer 6 - Zu Artikel 1 Nummer 5 (§§ 18b bis 18f BJagdG)

Die Bundesregierung begrüßt den Antrag grundsätzlich in seiner Zielrichtung, hält aber das Festhalten an Parametern der Auftreffenergie für wissenschaftlich überholt.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass maßgeblich für die Tötungswirkung von Jagdmunition nicht die Energieabgabe beim Auftreffen auf den Wildkörper (Auftreffenergie) ist, sondern die Energieabgabe im Wildkörper selbst. Vor diesem Hintergrund arbeitet die Bundesregierung bereits an der notwendigen Rechtsverordnung, die neue verbindliche Anforderungen hinsichtlich der Tötungswirkung von Jagdmunition in Bezug auf die Energieabgabe von Munition im Wildkörper definiert.

Gleichzeitig hätte der Vorschlag eine Notifizierungspflicht für den Gesetzentwurf (technische Norm wird eingefügt) gegenüber der Europäischen Kommission zur Folge. Die damit verbundenen Zeitverzögerungen im Gesetzgebungsverfahren würden den Verfahrensabschluss vor Ende der Legislaturperiode gefährden. Da die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) bereits die Absicht einer Regelung der Europäischen Union zu bleihaltiger Büchsenmunition veröffentlicht hat und ein diesbezüglicher Beschränkungsentwurf der Europäischen Union für Januar 2021 angekündigt ist, wären Bemerkungen der Europäischen Kommission im Notifizierungsverfahren wahrscheinlich.

Zu Nummer 7 - Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa (§ 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a und b BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass maßgeblich für die Tötungswirkung von Jagdmunition nicht die Energieabgabe beim Auftreffen auf den Wildkörper (Auftreffenergie) ist, sondern die Energieabgabe im Wildkörper selbst. Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung es für notwendig, durch eine Rechtsverordnung neue verbindliche Anforderungen hinsichtlich der Tötungswirkung von Jagdmunition in Bezug auf die Energieabgabe von Munition im Wildkörper zu definieren. Artikel 1 Nummer 5 (§ 18f BJagdG) des Gesetzentwurfs enthält die notwendigen Regelungen, um Regelungslücken nicht entstehen zu lassen.

Zu Nummer 8 - Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb Dreifachbuchstabe aaa (§ 19 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, dass die Begriffe des Waffenrechts zwingend in das Jagdrecht überführt werden müssen bzw. das Jagdrecht insoweit angeglichen werden muss. Die im Gesetzentwurf verwendeten Begriffe führen auch nicht zwangsläufig zu Rechtsunsicherheit, da die jeweiligen Verbote gleichberechtigt neben einander bestehen bleiben.

**Zu Nummer 9 - Zu Artikel 1 Nummer 7 (§ 21 Absatz 1 Satz 1,
Absatz 2 Satz 1
Absatz 2a bis 2d BJagdG)**

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Mit der Streichung des Begriffes „im Wesentlichen“ in § 21 Absatz 1 Satz 1 BJagdG würden unverhältnismäßig hohe Anforderungen an die Jagdausübung oder die Hege gestellt, die nicht erfüllt werden könnten.

Die Einbindung des Jagdbeirates bei der Festlegung der Abschusspläne stellt eine geübte Praxis dar, die nicht in Frage gestellt werden soll.

Es ist eine der zentralen Elemente des Gesetzentwurfs, einen sachgerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Waldeigentümer oder Waldeigentümerinnen und Jagdausübungsberechtigten

da zu schaffen, wo zu hohe Rehwilddichten eine Verjüngung des Waldes sowie insbesondere die angestrebte Wiederbewaldung oder die verstärkte Anpassung der Wälder durch Waldumbau gefährden. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass § 21 Absatz 2a bis 2d BJagdG-E einen sachgerechten Ausgleich gewährleistet.

Es bedarf einer gesetzlichen Bestimmung, durch die gewährleistet wird, dass die als notwendig erachteten waldbaulichen Maßnahmen ihren Zweck nicht aufgrund im Einzelfall unverhältnismäßig hoher Rehwilddichten verfehlen, die aber gleichzeitig einen angemessenen Ausgleich zwischen Wald und Wild im Auge behält.

Entgegen der Aussage in der Begründung des Bundesrates zu seinem Änderungsantrag erwartet die Bundesregierung, dass die vorgeschlagene Regelung eines nach oben gedeckelten Mindestabschusses zu einer Verbesserung der Wald-Wild-Situation beitragen wird.

**Zu Nummer 10 - Zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 22 Absatz 2 Satz 3 - neu - BJagdG),
Nummer 9 (§ 27 Absatz 1 Satz 2 - neu - BJagdG)**

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen sind aus Sicht der Bundesregierung nicht notwendig. Der Umsetzung der Richtlinie 2009/147/EG sowie der Richtlinie 92/43/EWG wird durch die geltenden naturschutz- und jagdrechtlichen Vorschriften im erforderlichen Umfang Rechnung getragen.

Zu Nummer 11 - Zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 22 Absatz 4 Satz 5 BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Da bereits einzelne Bundesländer eigene jagdliche Vorschriften zur Gelegebehandlung erlassen haben oder solche beabsichtigen, hält die Bundesregierung eine bundeseinheitliche Regelung für nicht notwendig, sondern überlässt es den Bundesländern, gegebenenfalls von § 22 Abs. 4 BJagdG abweichende Regelungen zu erlassen oder beizubehalten.

Zu Nummer 12 - Zu Artikel 1 Nummer 8a - neu - (§ 22b - neu - BJagdG)

Die Bundesregierung prüft den Vorschlag.

Die Bundesregierung begrüßt das grundsätzliche Anliegen des Vorschlags. Jedoch hält die Bundesregierung folgende Formulierung hinsichtlich der zu berücksichtigenden Interessen für sachgerecht:

„§ 22b

Duldungspflicht in Bezug auf überjagende Hunde bei Gesellschaftsjagden

Ein unbeabsichtigtes Überjagen durch Jagdhunde auf einem angrenzenden Jagdbezirk ist von dem Jagdausübungsberechtigten des angrenzenden Jagdbezirks bei bis zu zwei auf derselben Grundfläche durchgeführten Gesellschaftsjagden im Jagdjahr zu dulden, wenn ihm die Gesellschaftsjagd spätestens 72 Stunden vor Beginn von dem Jagdausübungsberechtigten, der die Gesellschaftsjagd durchführt, angezeigt wurde. Wenn der Jagdausübungsberechtigte des angrenzenden Jagdbezirks dies verlangt, dürfen die auf der Gesellschaftsjagd eingesetzten Jagdhunde nur mit einem Mindestabstand von 200 Metern zur Jagdbezirksgrenze zum Jagen abgeleint werden."

**Zu Nummer 13 - Zu Artikel 1 Nummer 11 (§ 39 Absatz 1 Nummer 5,
Absatz 2 Nummer 2 BJagdG)**

Die Bundesregierung wird der Prüfbitte nachkommen.

**Zu Nummer 14 - Zu Artikel 4 Absatz 1,
Absatz 3 - neu - (Inkrafttreten)**

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.